

# Die Arbeiterzeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

## Der Streikrechtsraub ist da

Regierungsverordnung gegen streikführende Gewerkschaften und Arbeiter — Schadenersatz bei Verletzung der Friedenspflicht — Unterstützungszug für Arbeitslose, die den Streikbruch ablehnen

Berlin, 4. Oktober.

Der Reichsarbeitsminister veröffentlicht im neuesten „Reichsgesetzblatt“ eine Ausführungsverordnung zu der Papen-Notverordnung vom 4./5. September, soweit sie den Lohnabbau und die dagegen geführten Streiks der Arbeiter betrifft. Die entscheidende Bestimmung der neuesten Verordnung lautet:

„Die Erfüllung des Arbeitsvertrages gilt trotz der von dem Arbeitgeber wegen Belegschaftsvermehrung vorgenommenen Lohnermäßigung als dem Tarifvertrag entsprechend, so daß

Kampfmaßnahmen einer Tarifpartei gegen die Durchführung der Verordnung durch die andere Partei oder ein Mitglied dieser Partei als Verletzung des Tarifvertrages gelten.

Der Reichsarbeitsminister hat, wie amtlich hinzugefügt wird, diese Klarstellung als notwendig gehalten, um in den beteiligten Kreisen jeden Zweifel über die Rechtslage anzuschließen und unnötige Streitigkeiten und Prozesse zu vermeiden.

Gleichzeitig wird von der Regierung angekündigt, daß sich das Kabinett am Donnerstag mit den ganzen Fragen der Durchführung der Lohnabbauverordnung beschäftigen wird und daß durch eine neue Ergänzungsverordnung der § 90 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes dahin geändert wird, daß

Arbeitslose, die sich weigern, zugewiesene Arbeit in bestreikten Betrieben anzunehmen, sofort ihrer Unterstützung verlustig gehen.

Bisher bestimmte der § 90 des AVG, daß die Arbeitsämter nach bestreikten Betrieben keine Arbeiter vermitteln dürfen und, soweit dies geschieht, die Arbeitslosen das Recht haben, eine derartige Arbeit abzulehnen, ohne dadurch Gefahr zu laufen, ihrer Unterstützung verlustig zu gehen. Die jetzt geplante Änderung ist die konsequente Ergänzung zum Streikrechtsraub der Betriebsarbeiter, Putzschere auf der einen, Hunger auf der anderen Seite soll jeden Streik verhindern.

Nach den bisherigen Ankündigungen der Regierung zur Frage der Friedenspflicht bestand für alle Sachkundigen kein Zweifel darüber, daß die Papen-Regierung mit einer derartigen Verordnung herauskommt. Nur die Gewerkschaftsführer glaubten, daß die Regierung „an die Bestimmungen der Verfassung gebunden“ es nicht wagen könnte, eine derartige Bestimmung zu erlassen. Dementsprechend war ihre Politik seit Erlaß der Papenverordnung darauf abgestellt, daß die „Rechtslage“ den Arbeitern und Gewerkschaften das Streiken gegen Notverordnungslohnraub gestattet, daß sie daher nicht an die sogenannte Friedenspflicht gebunden wären, weil die bestehenden Tarife auch durch die Papenverordnung nicht aufgehoben bzw. nicht abdingbar gemacht werden können.

Wir haben gegenüber dieser kindlichen Rechtsauffassung der Gewerkschaftsführung sofort erklärt, daß es zwar selbstverständlich ist, gegenüber den Verordnungen und Maßnahmen der Regierung, auf das Verfassungswidrige hinzuweisen, daß aber hier nicht die juristische Seite, sondern die Machtfrage entscheidend ist, und daß daher die Gewerkschaftsführungen klipp und klar dazu Stellung nehmen müssen, was sie unternehmen, wenn die Regierung — bei der bekanntlich die Verordnungen so billig sind wie Brombeeren — durch eine neue Verfügung auch die „rechtlichen“ Zweifel der Gewerkschaften im Sinne der Kapitalklassikatur entscheidet.

Diese „Klärung“ ist jetzt da. Nicht nur den Gewerkschaften als Organisation, sondern jedem Gewerkschafts-Mitglied soll das Streiken durch Schadenersatzdrohung unter-

bunden werden. Es ist klar, daß genau wie die Papenverordnung vom 4./5. September, ja wie alle ähnlichen Verordnungen von Brüning, auch die neueste Verordnung in vollendetem Widerspruch mit den Bestimmungen der Verfassung steht. Die Verordnung verletzt ganz offen die beiden entscheidenden Artikel der Reichsverfassung, die den Arbeitern das Koalitionsrecht und das Recht der unabhängigen Tarifverträge verleihen. Artikel 159 der Reichsverfassung lautet:

„Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.“

Und im Artikel 165 lautet der Schlußsatz:

„Die beiderseitigen Organisationen (Gewerkschaften) und Unternehmerverbände, und ihre Vereinigungen, werden durch den Staat geschützt.“

Man kann zwar, wie die neueste Verordnung zeigt, durch Machtspruch eine klare Rechtsbestimmung in das Gegenteil verkehren, es werden sich auch „Rechtsgelehrte“ finden, die auch die juristische Rechtmäßigkeit der Regierungsverordnung begründen. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß hier ein mit den Bestimmungen der Verfassung im Widerspruch stehender Akt vollzogen wird.

Der Hinweis auf diese Tatsache hat jedoch nur den einen Sinn, der Arbeiterklasse und auch den Gewerkschaften zu zeigen, daß es zwecklos ist, sich auf die Verfassung verlassen zu wollen, sondern daß alles darauf ankommt, sich im Kampf um die proletarischen Existenzbedingungen ausschließlich auf die eigene Macht, auf die eigene Kampfkraft zu stützen.

Das bedeutet für die Praxis, daß die Gewerkschaften, alle Arbeiterorganisationen und die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit auf keinen Fall die „Gesetzlichkeit“ dieser Bestimmungen anerkennen und sich dem fügen können.

Bei Strafe ihres Untergangs, ihrer physischen Vernichtung müssen sie gerade jetzt den Kampf auf der ganzen Linie gegen diese Vergewaltigung aufnehmen.

Jetzt handelt es sich nicht mehr um die Abwehr von Lohnabbau in einzelnen Betrieben, sondern um den geschlossenen politischen Massenkampf der ganzen Klasse gegen die brutale Kapitalklassikatur, durch die der Arbeiterklasse nicht nur schrankenloser Lohnraub aufgezwungen, sondern durch sie auch gleichzeitig an Händen und Füßen gefesselt und an jeglicher Abwehr verhindert werden soll.

Darum ist es notwendig, daß jetzt sofort in jedem Ort, in jedem Bezirk und zentral über den ganzen Reichsgebiet die Arbeiterorganisationen zum gemeinsamen Kampf anrufen. Weder die KPD mit ihrer RGO, noch die SPD mit ihrer Eisernen Front und auch nicht die Gewerkschaften können jede für sich allein diesen Schlag abwehren. Nur die geschlossene Arbeiterklasse ist dazu imstande. Eine einzelne Gewerkschaft, ein gewerkschaftlicher Ortsverein kann schließlich durch Schadenersatzurteile und ähnliche Maßnahmen im Kampf und Streiken behindert werden. Gegen die geschlossene Arbeiterklasse, gegen den gemeinsamen politischen Massenkampf werden und müssen alle diese Mittel versagen. Darum gibt es nichts anderes als

sofortige Vorbereitung des gemeinsamen politischen Massenkampfes der ganzen Arbeiterklasse!

### Jetzt gilt es!

Die Zeit der stärksten Reaktion ist da. Sie zwingt uns, neue Wege der Gewerkschaftspolitik einzuschlagen. Wir wollten auf dem Wege der Demokratie, der Vernunft und der allgemeinen Wohlfahrt — ohne Bürgerkrieg und die daraus folgende Not — den Aufstieg der Arbeiter herbeiführen. Wir wollten durch eine Politik der Mäßigung und der Verantwortung, der Sachlichkeit und Mitsarbeit, auf dem Boden des Rechts und der Kultur eine bessere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für alle schaffen helfen. Unsere politischen und wirtschaftlichen Gegner drängen uns aber von diesem Wege ab. Wir sind bereit, den uns aufgezwungenen Kampf aufzunehmen.

In diesen Worten des ADGB-Vorsitzenden liegt nicht nur eine Bankrotterklärung der ganzen 14-jährigen Politik der reformistischen Gewerkschaftsführung, sondern auch der erste zaghafte Schritt zu der Erkenntnis, daß die Gewerkschaften im Interesse ihrer Existenz „neue Wege“ beschreiten müssen. Als Leitpart diesen Aufruf erließ, hat er unter „neue Wege“ offensichtlich nur verstanden, daß die Gewerkschaften gegenüber dem neuesten Lohnabbau durch die Papen-Verordnung nicht mehr die Politik des ruhigen Hinnehmens jeglichen „von oben“ verordneten Lohnabbaues üben, sondern den ihnen zustehenden „rechtlichen“ Weg des Widerstandes, des Streiks in jedem Betrieb, wo Lohnabbau durchgeführt werden soll, beschreiten wollen. Das war zwar schon eine kleine, erhellende Aenderung der Gewerkschaftstaktik. Aber sie reicht gerade jetzt gegenüber der durch die neueste Durchführungsverordnung des Reichsarbeitsministers geschaffenen Lage längst nicht mehr aus. Bleiben nämlich die Gewerkschaftsleitungen auch jetzt auf dem von ihnen seit 14 Jahren vertretenen Standpunkt, daß sie sich streng im Rahmen des einmal auch gegen ihren Willen geschaffenen „gesetzlichen“ Rechts bewegen müssen, d. h., daß sie als Organisation gegen dieses sogenannte gesetzliche Recht nicht anerkennen dürfen, dann würde das für die Praxis nichts anderes heißen, als trotz allem Gerede von neuen Wegen die alte, zum völligen Bankrott geführte Politik und Taktik fortzusetzen.

Heute ist das was der Inhalt und das Wesen jeder kapitalistischen Regierung ist, nämlich die rücksichtslose Herrschaft der kapitalistischen Klasse über die große Mehrheit der Bevölkerung, über die Arbeiterklasse für jeden Proletarier viel klarer sichtbar, als in den vergangenen Jahren. Heute zeigt jede Verordnung und Maßnahme der Reichsregierung, daß die herrschende Klasse nicht die mindeste Rücksicht auf geschriebenes Recht, auf Gesetze und Paragraphen nimmt, wenn es gilt, ihre Existenz zu behaupten. Alle heute in Form der reinsten Diktatur erlassenen „Gesetze“ der Regierung sind nichts anderes, als die kaltblütige Ausnützung des Staatsapparates durch das Kapital, um seine brutalsten Unterdrückungs- und Ausbeutungsmaßnahmen gegen die Arbeiter-schaft in Form von „Gesetzen“ der Bevölkerung aufzuoktroieren.

Gegenüber dieser Sachlage muß jede Taktik und Politik der Arbeiterorganisationen auf Einhaltung des gesetzlichen Rahmens“, der „Anerkennung des Staates“ nicht nur zum vollkommene Verzicht jeglichen Kampfes, sondern zum freiwilligen Verzicht auf die Existenz von Millionen Proletariern, auf die Existenz der Gewerkschaften und Ar-

## Abwürgungsversuche im Verkehrsstreik

Berlin, 4. Oktober.

WTB. Der Reichsarbeitsminister hat den vom Hamburger Schlichter gefällten Lohnabbau-Schiedsspruch für das Verkehrsgewerbe, nachdem auch die erneuten Verhandlungen der Parteien im Reichsarbeitsministerium zu keiner Einigung geführt haben, nunmehr für verbindlich erklärt.

Begründet wird die Verbindlichkeitserklärung mit der „Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens“ in Hamburg. Das Wolfbüro versieht die Meldung über die Verbindlichkeitserklärung mit der Ueberschrift: „Ende des Hamburger Verkehrsstreiks“ und meldet gleichzeitig, daß „die Arbeit heute (5. 10.) wieder aufgenommen werde“. In einer späteren WTB-„Berichtigung“ heißt es: „Die Arbeit wird morgen wieder aufgenommen.“ Das sind alles falsche Tendenzmeldungen. Noch haben nämlich die Streikenden überhaupt nicht dazu Stellung genommen. Wir halten es für selbstverständlich, daß sie den Streik auch trotz und gegen Verbindlichkeitserklärung fortsetzen werden.

### Weitere Streiks

gegen Lohnraub werden von folgenden Betrieben gemeldet: Baumwollspinnerei F. A. Hammerstein, Gladbach-Rheydt; Vereinigte Bleicherdefabriken A.-G. in Schönebeck bei Magdeburg; Wachs- und Seifenfabrik in Köln-Sülz; Textilbetrieb Rogbach & Krake in Oelsnitz (Sa.); Kunstseidenspinnerei Küttner A.-G., Pirna (Sa.) (hier hat die Firma die 1800 Mann starke Belegschaft ausgesperrt, weil sie

sich weigerte, den Lohnabbau von 40 Prozent hinzunehmen); Firma Wippermann in Hagen-Delsborn; Bayerische Stickstoffwerke in Nürnberg-Fürth; Metallfirma Steffens & Nülle in Düsseldorf.

### Mit 320 gegen 1 Stimme für Streik

Bocholt, 4. Oktober.

(Eigene Meldung.) Die Verwaltung der Isselburg-Hütte teilte durch Anschlag mit, ab 1. November infolge Neueinstellungen den Lohn um 40 Prozent zu kürzen. In der Belegschafts-Versammlung, die zu diesem Vorgehen Stellung nahm, wurde in geheimer Abstimmung ein Streikbeschluß gefaßt. Von der zweihundertzwei Mann starken Belegschaft stimmten 201 für den Streik. Die Belegschaft lehnte auch ein Kompromiß einstimmig ab und führt den Streik weiter.

Bei der Textilfirma „Stern u. Löwenthal“ hält der Streik ebenfalls an. Da der Unternehmer ernsthafte Anstrengungen macht, Erwerbslose einzustellen, haben die Streikenden Diskussionsgruppen gebildet, die die von auswärtigen kommenden Arbeiter am Bahnhof aufklärten, und sie auffordern, sich nicht zu Streikbrecherarbeiten mißbrauchen zu lassen. Bisher ist es dem Unternehmer nicht gelungen, Streikbrecher in die Betriebe zu bringen.

Die Belegschaft der Firma „Friede“ ebenfalls in Bocholt, beschloß in den Streik zu treten, wenn die Direktion nicht den 50prozentigen Lohnabbau zurücknehme.

beiterorganisationen über-  
haupt hinauslaufen. Im Interesse ihrer  
selbst sind daher die Arbeiter wie auch die  
Gewerkschaften gezwungen, ihre Kämpfe ohne  
Rücksicht auf gesetzliche Bestimmungen zu  
führen.

Gewiß bringt das große Schwereitigkeiten  
und große Gefahren für die Arbeiterorganisa-  
tionen mit sich. Die Arbeiterorganisationen  
stehen hier wieder in derselben Situation wie  
im Frühkapitalismus, wie zur Zeit ihrer Grün-  
dung. Auch damals war das Streiken ver-  
boten, war den Arbeitern verboten, sich zu  
Abwehrorganisationen zusammenzuschließen.  
Die Arbeitermassen haben damals, diesen Ver-  
boten trotzend, die Anlage ihrer Organi-  
sationen geschaffen und Streiks geführt. Sie  
haben es verstanden, allen polizeilichen und  
sonstigen Unterdrückungsmaßnahmen des  
staatlichen Machtapparates zum Trotz ihre  
Kämpfe zu führen. Durch diesen zähen und  
opfervollen Kampf, der allen andere als „staats-  
belehend“ und „im Rahmen der Gesetzlich-  
keit liegend“ geführt wurde, hat damals die  
Arbeiterklasse, die an Zahl und Einfluß un-  
gleich viel schwächer war als heute, die Kon-  
tinue und Streikverbot gesprengt und sich  
das Streikrecht erkämpft.

Aus dieser Zeit, aus den Erfahrungen der  
Arbeiterklasse bei den Anfängen ihrer Organi-  
sation müssen heute die Gewerkschaften und  
alle Proletarier lernen und die notwendigen  
Konsequenzen ziehen. Es ist kein Zweifel,  
daß, wenn heute die immer noch  
vielen Millionen Arbeiter um-  
fassenden Gewerkschaften den  
Kampf in dieser Form aufneh-  
men, keine Regierungsmacht  
instande ist, sie auf die Dauer  
daranzu hindern. Das umso weniger,  
als heute auch die erdrückende Mehrheit der  
unorganisierten Arbeitermassen in diesem  
Kampfe sich freudig und kampfbereit hinter  
die Gewerkschaften stellen wird.

Auch der Einwand, daß die große Zahl der  
Arbeitslosen derartige Kämpfe unmöglich  
machen wird, ist nicht stichhaltig. Das haben  
u. a. die vielen Streiks der letzten Tage be-  
wiesen. Fast überall haben die Arbeitslosen  
nicht nur die Annahme von Arbeit in den be-  
streikten Betrieben verweigert, sondern sich  
als Streikposten und Propagandisten für den  
Streik positiv in den Kampf eingereiht.  
So notwendig selbstverständlich auch  
jetzt jede betriebliche Streikabwehr gegen  
Lohnabbau ist, so werden doch die kommenden  
Kämpfe ihrem Wesen nach große politi-  
sche Massenkämpfe sein. Hier aber  
ist die Riesensärke der Erwerbslosen kein  
negativer, sondern ein höchst positiver  
Faktor. Es kommt nur darauf an, sie in diesen  
Massenkampf einzureihen durch große Massen-  
versammlungen, Massendemonstrationen usw.,  
sie für den direkten Kampf ihrer unmittel-  
baren Arbeitslosenforderungen, wie auch für  
die Forderungen der streikenden Betriebs-  
arbeiter zu interessieren.

Je entschlossener und kühner die Gewerk-  
schaften diesen Weg beschreiten — und Auf-  
gabe aller revolutionären Gewerkschaften ist es,  
in diesem Sinne unter den Gewerkschaftsmit-  
gliedern zu wirken — desto schneller  
wird die Regierung zum Rück-  
zug gezwungen. Ja, es ist kein Zweifel,  
daß die so in Bewegung gebrachte Arbeiter-  
klasse bei der Abwehr nicht stehen bleiben,  
sondern zum Angriff übergehen wird. Wenn  
die Arbeiterklasse nicht in der Barbarei der  
vollkommenen Verelendung versinken will,  
und die Gewerkschaften wie alle Arbeiter-  
organisationen ihre Existenz aufrecht erhalten  
wollen, dann gibt es keinen anderen Weg.  
Rücksichtslos Kampf gegen die heutige  
Kapitalsdiktatur mit dem Ziel: Hinweg  
mit der Papenregierung und allen  
ihren Verordnungen, Sturz der kapitalistischen  
Herrschaft, Erzwingung des Ausweges zur  
sozialistischen Gesellschaftsordnung!

## DMV-Generalversammlung Breslau

Die Delegierten-Generalversammlung am  
Dienstagabend dauerte nur etwas über eine  
Stunde. Zunächst wurde der Kassen-  
bericht für das dritte Quartal gegeben.  
Anschließend daran machte der Bevoll-  
mächtigte, Kollege Ziegler, ergänzende  
Ausführungen zum Quartalsbericht. Er zeigte  
an Hand der Zahlen der Mitgliederbeiträge,  
der Einnahmen und Ausgaben, wie die Krise  
sich immer nachteiliger für die Gewerk-  
schaften auswirkt. Wenn trotzdem der Mit-  
gliederstand auch im dritten Quartal fast  
vollständig gehalten werden konnte, so be-  
weist das die innere Stärke der Organisation,  
die Treue und das Klassenbewußtsein der  
Mitglieder.

Kollege Ziegler berichtete weiter über die  
verschiedenen Tarifverhandlungen, über Neu-  
abschluß der Klemperer- und Bauschlusser-  
Tarife. Er leitete dabei mit, daß für die Bres-  
lauer Metallindustrie seit dem 31. Juli tarif-  
loser Zustand besteht. Die Verhandlungen  
hätten sich seitdem immer hingezogen.  
Trotzdem wäre jedoch bisher der alte Tarif-  
lohn in allen Betrieben aufrechterhalten  
worden. Im Laufe der nächsten Woche soll  
jedoch die ganze Angelegenheit von den  
Unternehmern vor die Schlichtungsinstanzen  
gebracht werden, und es wäre damit zu  
rechnen, daß da ein Schiedsspruch gefällt  
wird.

Auch über den Stand des Metallarbeiter-  
streiks in Mittel- und Niederschlesien be-  
richtete Kollege Ziegler. Im ganzen stehen  
die Chancen des Kampfes gut. Einmütig  
hätten die Streikenden den Vorschlag eines  
Tarifabschlusses bis 31. Januar 1933, der  
einen Lohnabbau von 68 auf 66 Pfg. pro  
Stunde vorsah, abgelehnt.

Nur ein Betrieb in Breslau, die Firma  
Faulhaber, hätte versucht, von der  
Papen-Lohnabbauverordnung Gebrauch  
zu machen. Unter dem Druck des einmütigen  
Streikbeschlusses der Belegschaft wie auch  
eines kurzen Streiks einer Abteilung hätte

# Vernichtende Kritik an Papens Politik

## Eine Rede des Führers der Bayerischen Volkspartei

München, 4. Oktober.

Im Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei hielt der Vorsitzende, Staatsrat Schaeffer, eine Rede, deren wesentlicher Inhalt nach dem Bericht des parteioffiziösen „Bayerischen Kuriers“ wohl die Ankündigung war, daß die Bayerische Volkspartei im neuen Reichstag versuchen werde,

einem Mißbrauch des Artikels 48 ein für allemal ein Ende zu bereiten.

Sie werde entweder ein Ausführungsgesetz zum Artikel 48, das nur einfacher Mehrheit bedürfe, beantragen, oder eine Änderung des Artikels 48 dahin, daß er künftig nur im Einvernehmen von Reichspräsident und Reichsrat angewandt werden dürfe.

Im übrigen war die Rede Schaeffers eine auffallend scharfe Kritik an der Regierung Papen und allen ihren Maßnahmen. Zur Außenpolitik bemerkte Schaeffer, man müsse mit echter und innerer Stärke, aber auch mit Klugheit um Freiheit und Gleichberechtigung ringen. Eine Außenpolitik jedoch, die Lautstärke mit innerer Stärke verwechselt und allzu sehr militärisch sei, werde dem deutschen Volk keinen Erfolg bringen, sondern uns nur in neue Isolation hineinführen, wozu wir schon auf dem besten Wege seien. Keine Schönfärberei könne die Mißerfolge der letzten Etappe der deutschen Außenpolitik aus der Welt schaffen.

Was die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung angeht, so glaubte Schaeffer, auf die Gefahr hinweisen zu müssen, daß sich in den aller nächsten Jahren eine solche Menge von Schuldtiteln des Reiches häufen würde, daß ernsthafte währungspolitische Gefahren

entstehen könnten. Auch die sozialpolitischen Maßnahmen der letzten Notverordnung, die an den Grundprinzipien des sozialen Rechtes rüttelten, gingen über das erträgliche Maß hinaus.

Es sei auch widersinnig, wenn das Reich die Kommunen und Länder dazu zwingt, aus Mangel an Mitteln notwendige und nutzbringende Arbeit einzustellen, ander-

seits aber unter dem Namen „Arbeitsbeschaffung“ Mittel, die den Ländern und Gemeinden entzogen sind, zu sehr viel weniger zweckmäßigen Arbeiten verwendet.

Die heftigste Kritik aber richtete Schaeffer gegen die Innenpolitik der Reichsregierung. Ihr Experiment, die Nationalsozialisten zu gewinnen, habe misslingen müssen, weil es auf schwächlichem Entgegenkommen beruhe, wodurch ihr Machtwort erst recht ins Unersättliche gesteigert worden sei. Die Reichstagsauflösung vom 12. September sei nur aus unbegründetem Mißtrauen der Reichsregierung erfolgt, die kolonialer Pöbelung mit dem deutschen Volke auch und wolle.

Die Versuche der Reichsregierung, auf dem Wege über den Reichskommissariat in Preußen eine Reichsreform durchzuführen, widersprächen einem Worte des Reichspräsidenten, der ausdrücklich erklärt hat, daß er auf dem Wege des Artikels 48 eine Reichsreform nicht machen wolle, ebenso auch der eigenen Erklärung des Reichskabinetts, daß die Eingriffe in Preußen nur vorübergehend seien. Heute sei man klar, daß die Absichten des Reichskabinetts dahin gingen, dauernd das Verhältnis Preußens zum Reich und damit den gesamten Aufbau Deutschlands zu ändern.

Das Vertrauen in die Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes sei nicht so groß,

daß Bayern der Sorge entoben sein könnte, sich gegen solchen Mißbrauch künftig wehren zu müssen.

Die Bayerische Volkspartei lehne das Spiel der ewigen Reichstagsauflösungen ab. Es kann schon zweifelhaft sein, ob die zweite Reichstagsauflösung dem Sinn und Geiste unserer Verfassung entspricht.

Eine neuerliche Reichstagsauflösung, möge der Vorwand sein, wie immer, würden wir als offenen Verfassungsbruch betrachten

und sähen uns gezwungen, den Verfassungskampf aufzunehmen. Die Richtlinien Schaeffers wurden vom Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei einstimmig gebilligt.

# Verhandlungen mit Holland gescheitert

Berlin, 4. Oktober.

WTB. Von holländischer Seite wird zu den heute mittag in Haag beerdeten deutsch-holländischen Kontingentierungsverhandlungen eine amtliche Mitteilung herausgegeben, in der es heißt, daß die Regierung nach Kenntnisnahme der deutschen Pläne zu dem Schluß gekommen sei, daß die deutschen Vorschläge keine Grundlage für eine erspriessliche Diskussion darstellten. Die deutsche Delegation habe erklärt, daß sie diese holländische Stellungnahme ihrer Regierung übermitteln werde.

## Holland berät Gegenmaßnahmen

Haag, 5. Oktober.

CNB. Das seinerzeit von den holländischen landwirtschaftlichen Organisationen gebildete Aktionskomitee zur Abwehr der Beeinträchtigungen, denen der Absatz holländischer Produkte im Auslande ausgesetzt ist, hielt heute zusammen mit Vertretern der Spitzenorganisationen des Handels und der Industrie eine Sitzung in Haag ab, in deren Mittelpunkt die angekündigten deutschen Kontingentierungsmaßnahmen standen. Wie mitgeteilt wird, gelangte man in der Sitzung einstimmig zu der Auffassung, daß die holländische Ausfuhr durch die deutschen Maßnahmen erneut ernstlich bedroht werde. Man beschloß daher die Einsetzung eines aus drei Mitgliedern bestehenden Ausschusses, der beauftragt wurde, Maßnahmen zu ergreifen, um Deutschland in größerem Umfang als bisher zum Ankauf holländischer Produkte zu veranlassen.

Der Ausschuss soll sich auch mit der Frage befassen, ob man gegebenenfalls den Bezug deutscher Waren einstellen könne oder ob es möglich sei, die Erwerbung deutscher Waren zu zentralisieren.

die Firma den Lohnabbau zurückgezogen.

In der Diskussion sprach nur ein Redner, der sich dafür einsetzte, daß die Gewerkschaften zu politischen Massenaaktionen übergehen müssen, wenn sie der Lohnabbauoffensive und der Kapitalsdiktatur erfolgreich Widerstand leisten wollen.

Unter Punkt 2 wurde nach kurzen Ausführungen des Kollegen Ziegler die Wahl von drei Delegierten zur DMV-Bezirkskonferenz für Schlesien am Sonntag, den 9. Oktober in Breslau, vorgenommen. In der per Stimmzettel vorgenommenen Wahl erhielten: Ziegler 180, Glaeser 149, Kluge 137, Reiflich 94, Liebs 90 Stimmen. Die ersten drei sind somit gewählt. Kurz nach 9 Uhr fand die Versammlung ihr Ende.

## Die Folgen der Autarkie-Politik

Riga, 4. Oktober.

CNB. Das lettländische Finanzministerium hat ein Einfuhrverbot für Wollstoffe erlassen. Bisher wurden Wollstoffe vornehmlich aus Deutschland bezogen.

Prag, 5. Oktober.

Die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei über den Devisenverkehr haben bisher nicht zu einer Einigung geführt werden können.

# Sturm 33 schwer belastet

## Fortgang des Prozesses Röntgenstraße

Es ist an dieser Stelle schon kurz berichtet worden, daß am 1. Oktober Rechtsanwalt Litten ein Protokoll verlas, in dem ein Mann namens Herbert Lorenz wichtige Angaben machte. Dieser Lorenz war bei Rechtsanwalt Litten im Büro erschienen und hatte angegeben, daß er mit den bei der Schießerei verletzten SA-Männern Kwiatkowski und Kammann zusammen im Krankenhaus gelegen habe. Das Protokoll enthielt dann Aussagen von Kwiatkowski und Kammann, nach denen

nicht der geringste Zweifel darüber bestehen konnte, daß die Nationalsozialisten in der Röntgenstraße Schüsse abgefeuert hatten.

Der Zeuge Lorenz wurde natürlich geladen. Aber er war nicht aufzufinden. Die von ihm angegebene Adresse stimmte nicht, irgendwo anders war es nicht zu ermitteln und es bestehen berechtigte Zweifel, ob er überhaupt Lorenz heißt. Immerhin hatte das Gericht sicherheitshalber auch den Krankenpfleger geladen, dem der verwundete SA-Mann Kwiatkowski die Munition gegeben haben sollte.

Und dieser Krankenpfleger bestätigte, als er gestern als Zeuge vernommen wurde, all das, was in dem Protokoll steht,

das Lorenz bei Rechtsanwalt Litten niedergelegt hatte.

Kwiatkowski hatte tatsächlich vier Patronen einem Krankhauspfleger gegeben.

Der SA-Mann Kwiatkowski hatte tatsächlich vor der Schießerei in der Röntgenstraße mit einem anderen Manne eine Schlägerei gehabt, und dieser andere Mann war, genau wie es in dem Protokoll des Lorenz steht, verletzt worden.

Das Gericht stand nach alledem vor der Frage, ob es auf den Zeugen Lorenz überhaupt verzichten könne. Die Verteidigung

## England vermittelt in der Abrüstungsfrage

London, 5. Oktober.

WTB. In einem gestern in später Abendstunden veröffentlichten Kommuniqué heißt es: Die britische Regierung hat sich mit den Regierungen Frankreichs, Deutschlands und Italiens in Verbindung gesetzt, um sich zu vergewissern, ob die durch das Fernbleiben Deutschlands von der Abrüstungskonferenz hervorgerufenen Schwierigkeiten zum Gegenstand eines Meinungsaustausches zwischen ihnen gemacht werden könnten. Die Frage wird noch erwogen, aber die britische Regierung gab zu verstehen, daß sie, wenn dieses Verfahren möglich ist und allgemein gebilligt wird, bereit wäre, eine Konferenz zu diesem Zwecke in London zu veranstalten.

## Deutschland

### zieht Isolation vor

Aus deutschen Regierungskreisen wird folgendes bekannt:

Die englische Einladung hat offenbar den Sinn, an die Besprechungen anzuknüpfen, die im Sommer im Hause des amerikanischen Staatssekretärs Stimson in der Umgebung von Genf bezogen haben. Inzwischen ist aber durch das französische und das englische Memorandum eine Änderung der Situation eingetreten. Solange sie nicht wieder beseitigt ist, hat es gar keinen Sinn, daß Deutschland nach London geht; denn die Konferenz würde von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt sein. So sehr anzuerkennen ist, daß England sich bemüht, die Fäden wieder anzuspinnen und Deutschland in die Abrüstungskonferenz zurückzuführen, müssen doch erst gewisse Garantien dafür vorliegen, daß die Bestrebungen, einen modus vivendi zu finden, auch wirklich auf ein für Deutschland erträgliches Ziel hinauslaufen.

## Polen

### bleibt im Völkerbundsrat

Genf, 3. Oktober.

Die Völkerbundsversammlung hat heute in einer öffentlichen Sitzung der von Polen beantragten Wiederwählbarkeit zum Völkerbundsrat zugestimmt. Ueber den polnischen Antrag, zu dessen Annahme eine Zweidrittelmehrheit notwendig war, wurde ohne Aussprache abgestimmt. Im ganzen beteiligten sich von den 56 Mitgliedsstaaten 51 an der Abstimmung. Von 47 gültigen Stimmen erhielt der polnische Antrag 41 Stimmen, das heißt 10 Stimmen mehr, als zur Erreichung der Zweidrittelmehrheit notwendig gewesen wäre.

## Irak im Völkerbund

Genf, 3. Oktober.

Die Völkerbundsversammlung hat heute einstimmig die Aufnahme des Iraks in den Völkerbund beschlossen.

## Kleine Nachrichten

WTB. Wien, 4. Oktober.

Rudolph Slatin, der ehemalige Generalinspekteur des Sudan, ist in einem Wiener Sanatorium im 76. Lebensjahr gestorben.

legte natürlich größten Wert auf ihn. Was sollte geschehen? Es tauchte der Gedanke auf, mit der Fortsetzung des Prozesses zu warten, bis Herbert Lorenz zur Stelle geschafft sei. Inzwischen hätte man eine Fülle von Zeugen über die einzelnen von Lorenz in dem Protokoll behaupteten Dinge vernahmen können, — vom Grafen Helldorf, der die verwundeten SA-Leute im Krankenhaus besucht haben sollte, angefangen.

Lange Zeit ging die Diskussion darüber, ob man auf Lorenz verzichten könne oder nicht. Lange Zeit bestand die Gefahr, daß der Prozeß durch diesen Lorenz um, schlecht gerechnet, weitere zwei Wochen verlängert werden könnte. Dann wandelte die Verteidigung doch ihren Beweisanspruch auf Ladung von Herbert Lorenz in einen Eventualantrag um. Es muß, so wichtig Herbert Lorenz — wenn er so heißt — für den Prozeß Röntgenstraße auch ist, auch ohne ihn gehen, damit die Qual dieser Verhandlung für die neun Angeklagten ein Ende hat.

Die Belastung des Sturms 33, die in Lorenz' Protokoll enthalten ist, wurde gestern

auch von anderen Zeugen bestätigt.

Ein SA-Mann hat, so wurde bekundet, nach der Schießerei an der Charlottenburger Brücke von einem Lastauto herunter gesagt:

„Wir haben die Kanonen bei uns im Wagen.“

Das Auto, in dem die Frau des erschossenen SA-Mannes Gatschke fortgefahren wurde, war mit zwei pistolenbewaffneten SA-Leuten besetzt. Und eine Zeugin aus der Röntgenstraße brach gestern nachmittags in die bitteren Worte aus: „Wir lebten früher wie auf dem Dorf. Seit das SA-Lokal in der Röntgenstraße ist, fühlt sich niemand mehr sicher!“

# Wieder Wahlterror der Nazis

## Überfälle auf Proleten mehren sich — Bürgerkriegsübungen der SA

Der Wahlkampf hat begonnen. Die Nazis verlagern den Aktionsdruck, der durch ihren neu einsetzenden Marsch zur Macht wieder ausgelöst wird, bezeichnender Weise von der Operationsbasis der Bekämpfung der Regierung wieder direkt auf die Terrorbasis gegen die Arbeiterschaft.

Überfälle auf Proleten nehmen in erschreckender Weise in Breslau überhand. Wir sind fest überzeugt, daß die heute von uns registrierten feigen Überfälle nicht die einzigen sind, daß noch eine ganze Reihe weiterer im Laufe des gestrigen Nachmittags geschehen sind, die uns nicht gemeldet wurden.

Parallellaufend mit diesem Terror, überall Bürgerkriegsübungen der SA von denen wir bereits in letzter Zeit berichtet haben.

Alle diese Vorgänge sind der Ausdruck für das furchtbare Durcheinander innerhalb der NSDAP und für den Demoralisationsprozeß innerhalb der SA. Die Führerschaft sucht krampfhaft ihre Leute zu beschäftigen, sie versucht krampfhaft ihre Leute in den Aktionen gegen die Arbeiterschaft ihre eigene Rebellion vergessen zu lassen.

Wir werden morgen auf das Kunterbunt innerhalb der Nazibewegung näher eingehen.

### 5 Reichsbannerkameraden mißhandelt

Am Dienstag abend wurden fünf jugendliche Reichsbanner-Angehörige am Landgericht von etwa 25 Nazi-Rowdies überfallen und schwer mißhandelt. Ein 16jähriger Reichsbannerjunge erhielt vier Stiche, einen davon in die Lunge. Er wurde schwerverletzt ins Krankenhaus geschafft.

Das Polizeipräsidium teilt mit: „Gegen 21 Uhr erschien der Schmied H. Goretzki auf der Wache Hauptbahnhof und teilte mit, daß er in den Reichhückeranlagen unter den Rufen „Freiheit“ (auch die überfallenen Reichsbannerjungen wurden mit dem gleichen Rufe angegriffen) überfallen worden sei. Er hatte mehrere Messerstücke in den Rücken erhalten und wurde schwerverletzt nach Bethesda geschafft. Nähere Angaben konnte er nicht machen.“

Weiterhin wird gemeldet, daß der Klassen-genosse A. E. gestern abend um zirka 21 Uhr in der Malergasse, Ecke Oderstraße, von 10 bis 25 Nazis mit dem Rufe „Freiheit“ angehalten wurde. Als der Klassen-genosse mit „Rot Front“ antwortete, fielen die Nazis in ihrer großen Uebermacht über ihn her und mißhandelten ihn schwer.

All diese Vorfälle beweisen, daß die Nazis genau so wie im letzten Wahlkampf mit den allerfeinsten und allergenesten Provokationsmethoden gegen die Arbeiterschaft vorgehen.

Die Arbeiterschaft ist hierbei völlig auf sich selbst gestellt. Der Polizeiapparat ist nur für die herrschende Klasse da und falls sich mal die Arbeiter selbst helfen, wird der Justizapparat gegen sie in Bewegung gesetzt. Leider ist aber diese Erkenntnis noch nicht in der gesamten Arbeiterschaft erwacht, denn sonst würde sie sich in Bewegung setzen und den proletarischen Ausweg aus dem kapitalistischen Chaos beschreiten.

### Die tägliche Feiiddienst-Übung

Fast täglich laufen bei uns in der Redaktion Meldungen über Feiiddienstübungen, die die SA um Breslau abhält, ein. So hat am Sonntag auf dem sonst so gehüteten Gelände der Sicker teiche bei Schwentzig die SA ein regelrechtes Manöver abgehalten, bei dem „Maschinengewehrabteilungen“ mit Maschinengewehrtruppen eine große Rolle spielten. Das Manöver dauerte von 8 Uhr morgens bis in die späten Mittagstunden

hineln. Polizei sorgte liebevoll dafür, daß man die Soldaten des kommenden Bürgerkriegs nicht etwa störe oder gar belästige.

Die SA scheint also mit diesen „Gelände-spielen“ bewiesen zu wollen, wie stark sie sich für die Ertüchtigung der deutschen Jugend im Sinne der Richtlinien des Reichslaboratoriums für Jugendertüchtigung einsetzen will.

Weiterhin berichtet ein Augenzeuge, der an einem der letzten Abende einen Spaziergang auf den sogenannten Kinderzoothen hinter dem Scheitniger Park (nicht in Gräbschen!) machte, daß in Carlowitz eine Blinkerabteilung geübt hat.

Die Alarmzeichen mehren sich! Das Proletariat hat auf der Wacht zu sein.

### Fememörder Heines klaut Fahrradwimpel

Am Sonntag überholte der Fememörder Heines in seinem Stabsauto (hinter dem in einem zweiten Wagen die Leibgarde dieses Herrn fuhr) eine Jugendgenossin, die mit ihrem Rade die Gartenstraße entlangfuhr. Als Heines das Wimpel der SAP am Fahrrad bemerkte, ließ er den Wagen hart an das Rad fahren und langte in höchst eigenem Person nach dem Wimpel und riß ihn ab. Der Raub gelang ihm aber nicht ganz, da er die Balance zu verlieren drohte und so mußte er den Wimpel fallen lassen.

## Mit dem Schlachtruf „Ihr Rotzlöfifel“

### werden Proleten von Nazis in einer Erwerbslosen-versammlung überfallen

Für gestern abend hatte die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) unter großem Tamtam und vielem Zettelverteilen zu einer Erwerbslosenversammlung in der „Erholung“ nach Pöpelwitz eingeladen.

Die Versammlung war gut besucht, da der Saal nur klein ist und da eine große Anzahl von Nicht-Nazi (SAP- und KPD-Genossen) erschienen waren.

Nachdem der Redner ein wahres Feuerwerk von Phrasen und Tiraden über die wehrlosen Proleten niederprasseln ließ, nachdem er in demagogischer und raffinierter Weise das angeblich „sozialistische Element“ der Nazipartei hervorgekehrt hatte, nachdem er Schauerreden über Sowjetrußland erzählt hatte, ergriff in der Diskussion ein KPD- und ein SAP-Genosse das Wort, um wenigstens die faustdicksten Lügen über Sowjetrußland richtig zu stellen.

Während des Schlusswortes, als der Redner die Proleten zu beschimpfen und provozieren begann — er gebrauchte u. a. wiederholt den

Ausdruck: „Ihr Sauhunde“ — erklang aus hunderten von Proleten-Kehlen die „Internationale“. Die Nazis gerieten völlig aus dem Häuschen. Plötzlich warfen auf der Straße postierte SA-Leute Steine durch die geschlossenen Fenster. Das Klirren der Fensterscheiben gab das Signal zum Angriff der SA gegen die Proleten. Mit Aschenbechern, Stuhl- und Tischbeinen ging es unter dem Schlachtruf „Ihr Rotzlöfifel“ gegen die revolutionären Arbeiter. Dirigiert wurde die Saalschlacht von dem mit einem Gummiknüppel herumfuchtelnden Wirt, der „Erholung“, der darüberhinaus gerufen haben soll, „falls die Stuhlbeine nicht reichen, sind auch Ochsenzämer da“. Ein Klassen-genosse wurde schwer, mehrere Klassen-genossen leichter verletzt.

So ersetzt die nationalsozialistische Partei die geistigen Argumente mit den Argumenten der Fäuste, des Stuhl- und Tischbeines.

Mit dem gelinde gesagt sonderbaren Polizeibericht werden wir uns morgen beschäftigen.

## Der Ueberfall auf das Bünzlauer Volkshaus

### Fantastische Lügen der angeklagten SA-Leute

In Bünzlau begann vor einigen Tagen der Prozeß des Liegnitzer Sondergerichts, der die Vorfälle des Naziüberfalls auf das Bünzlauer Volkshaus zum Gegenstand hat.

Die Verhandlungen vor dem Sondergericht stehen im Brennpunkt des Interesses der Bünzlauer Bevölkerung. Hunderte von Proleten begehrten ins Gerichtsgebäude eingelassen zu werden, das Portal, die Korridore und die Treppenaufgänge stehen unter starker Polizeibewachung. Ohne Ausweis darf niemand passieren.

Angeklagt sind 19 Nazis und 7 Reichsbannerleute.

Die Vernehmung der 26 Angeklagten ging nur sehr langsam vor sich. Die Naziangeklagten sind in Uniform erschienen. „Uniformiert“ und sehr unglaubwürdig sind ihre Aussagen. Teilweise kann man feststellen, daß ihre, durch die maßlose Bluthetze gegen die „roten Untermenschen“ zersetzten Gehirne tolle Blasen einer überreizten Phantasie treiben. So behauptet ein Teil von ihnen, daß aus den Türspalten und Fenstern des Volkshauses feuernde Gewehrläufe geragt hätten. Ein Nazi scheint offenbar einen Billardstock mit einem Karabiner verwechselt zu haben. Er gibt an, daß

es sich um einen Karabiner Kaliber 98 gehandelt habe.

In dieser Ton- und Stilart geht es weiter.

Die Vernehmung der Reichsbannerkameraden ergibt ein übereinstimmendes geschlossenes Bild, das eindeutig den organisierten Angriff der Nazis erkennen läßt. Von mehreren Angeklagten wird festgestellt, daß sie einen SS-Mann eine Pistole gegen die Mittel-tür des Volkshauses abfeuern sahen. Einer dieser Schüsse muß offenbar den Reichsbannerkameraden Josef Schreiber dann tödlich getroffen haben.

Am Nachmittag fand ein Lokaltermin statt. Anschließend die Vernehmung der Polizeibeamten, die damals in äußerst fahrlässiger Weise die Posten vor dem Volkshaus kurz vor dem Ueberfall zurückgezogen haben.

Der Polizeikommissar Meicher begründet diese Maßnahme vor dem Gericht durch den lapidaren Satz, der auf recht abweichende Praxis von den sonst üblichen Polizeimethoden schließen läßt:

„Es ist eine bekannte Tatsache, daß, solange Polizei auf der Straße ist, auch

Menachensammungen vorhanden sind. Darum zog ich die Posten zurück!“

Mit seinem ersten Satz hat der Herr Polizeikommissar durchaus recht. Daß er aber die Posten aus dieser Erkenntnis zurückgezogen hat, nun das...

Aus den Zeugenvernehmungen des Vorsitzenden der SPD ergibt sich, daß er rechtzeitig bei Beginn der Tumulte beim Landrat um Einsatz von Polizeikraften angerufen hat.

### „Lesen Sie die gestrige Sapler-Zeitung“

Das empfiehlt die sozialdemokratische „Volkswacht“ ihren Lesern in ihrer Ausgabe vom 4. Oktober 1932.

Fürwahr, wir beginnen an das „Wunderbare“ zu glauben!

### Ein Graf muß es sein

Aus Berlin wird gemeldet: Zum Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien soll dem Vernehmen nach der Landrat des Kreises Reichenbach (Schles.), Graf von Degenfeld-Schonburg ausersuchen sein.

### Typhus-Epidemie

Nimptsch, 5. Oktober.

Im hiesigen Krankenhaus sind in diesen Tagen insgesamt 15 an Typhus erkrankte Personen (darunter zwei ganz schwere Fälle) eingeliefert worden, von denen 12 aus Rankau und drei aus Groß-Tinz stammen. Das Auftreten der Epidemie in Rankau ist auf einen schlechten Brunnen zurückzuführen, der jetzt auf Anordnung des Kreisarztes geschlossen wurde.

Nur auf das „schlechte Wasser eines Brunnens“ zurückzuführen? Warum verschweigt man, daß solche Epidemien, wie wir bereits wiederholt darauf hingewiesen haben, gerade in Zeiten, in denen der Gesundheitszustand der Bevölkerung durch Unterernährung auf ein immer tieferes Niveau gedrückt wird, der Organismus des einzelnen Individuums und damit der Organismus einer ganzen Gemeinschaft für solche Krankheiten empfänglicher ist als sonst.

### 30 Jahre Edeka

Nachdem am Sonntag, den 25. September, Vorstand, Aufsichtsrat und die Mitglieder der Einkaufsgenossenschaft den 30. Geburtstag ihres Unternehmens gebührend gefeiert hatten, war für Sonnabend, den 1. Oktober, die Arbeiterschaft und die Angestellten mit ihren Angehörigen im Südparkrestaurant zu einem Festmahl zusammengelassen. Gleichzeitig konnte Herr Höhne auf eine 25jährige Tätigkeit im Edekabetriebe zurückblicken.

Aus den Festreden sowohl des Vorstandes sowie des Aufsichtsrates klingt immer wieder der Dank an die Arbeiter und Angestellten des Betriebes hervor, der ja in Worten ausgedrückt für die Unternehmer das Billigste ist. Die Arbeiter und Angestellten hatten es ihrerseits für notwendig gehalten, eine Gedenkplakette zu stiften. Als Entschädigung dafür wurden neben einem vorzüglichen Festessen auch erstklassige kabarettistische Darbietungen geboten. Obgleich die Belegschaft bis zum Morgengrauen beim Tanz zusammen blieb, hatten sich die Herren des Vorstandes und Aufsichtsrates bis auf Herrn Direktor Hohmut unmittelbar nach Absolvierung ihrer programmatisch festgelegten Reden entfernt, währenddem sie doch am Sonntag vorher im Kreise der ihnen nächststehenden Kaufleute beim guten Edekawein recht lange ausgehalten haben.

### Geschäftliches

„Der Gedanke macht ihn blaß, denn er fragt, was kostet das?“ sagt Wilhelm Busch. Wenn's sich um Kaffee Hag handelt, braucht man diese Frage nicht zu stellen; Kaffee Hag ist nicht teurer als anderer guter Bohnenkaffee. Seit 1930 ist er 31 Prozent billiger. Kaffee Hag kann selbst zarten Kindern keine blassen Wangen machen; er ist koffeinfrei und daher völlig unschädlich.

# Von früh bis spät hat Juno

## infolge ihrer einzigartigen Tabakmischung

die dankbare Aufgabe, dem Raucher zu allen Tageszeiten Genuß und Anregung zu spenden.

Jeder Kenner wird verstehen, daß die hohe Qualität der

# JUNO

den Verzicht auf Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine und Stickereien bedingt.

Die gute Juno zu jeder Stunde in Raucher Munde!



# Vorbildliche Einheitsfront

(Sonderbericht der „SAZ“)

Die Stützerbacher Arbeiterschaft hat sich in einem Einheitsblock zusammengeschlossen, der nicht so leicht zerschlagen werden kann. Auch die meisten Arbeiter-schichten, die bisher dem überparteilichen Zusammenschluss des Stützerbacher Proletariats skeptisch gegenüberstanden, sind einem Besonderen beizutreten. Nun eine Handvoll meistweiger Parteiführer steht noch abseits und gerät langsam in eine immer hoffnungslosere Isolation. Die stärkste Stütze der Einheitsfront ist die proletarische Kampfwehr, in der die jungen aktivistischen Elemente der Arbeiterschaft zusammengelassen sind, an deren Aufbau aber auch alte erprobte Klassenkämpfer unermüdetlich mitarbeiten. Die Parteigegensätze, die durch eine örtliche Einheitsfront leider nicht aus der Welt zu schaffen sind, werden in kompromissloser Weise ausgeglichen, die im Parteikampf sonst allgemein übliche Gehässigkeit und Heftigkeit ist einer konstanten Form der Diskussion und dem Willen, der Ideologie der Bruderparteien Verständnis entgegenzubringen, gewichen. Damit verbunden ist eine Selbsterkenntnis und Selbstkritik der eigenen Fehler, die für die Annäherung der Parteien von größter Bedeutung ist. Führende Mitglieder der KPD und des Reichsbanners (die SPD-Funktionäre stehen teilweise noch passiv, wenn auch nicht hemmend beiseite) arbeiten in vollkommener Harmonie zusammen. Die Beschlüsse des Aktionsausschusses werden meist einstimmig gefasst; durch diese Einmütigkeit erhalten die Aktionen der Arbeiterschaft eine stärkere Resonanz und ziehen immer mehr Außenstehende in ihren Bann.

Die von den Erwerbslosen geplanten und von der Einheitsfront moralisch unterstützte Aktion, die Annahme der ungeheuerlich gekürzten Unterstützungs-sätze zu verweigern, scheiterte leider an der widerspruchsvollen Haltung der benachbarten Orte, in denen die Erwerbslosen ähnliche Beschlüsse fassen, aber dann schmachvoll kapitulierten. Eine isolierte örtliche Aktion wäre natürlich zum Misserfolg verurteilt gewesen, obwohl sie der Unterstützung durch alle Schichten der erwerbstätigen Bevölkerung sicher war, hatten doch auch die Gewerbetreibenden ihre Bereitwilligkeit erklärt, Lebensmittel und Bedarfsgegenstände zur Durchführung des Unterstützungsstreiks zur Verfügung zu stellen.

Die Nazigefahr ist beseitigt. Diese Heuschrecken, die sich in unserem Orte früher sehr mächtig machten, sind ganz kleinlaut geworden. Eine von ihnen einberufene Erwerbslosenversammlung, in der sie Dumme zu ködern versuchten, wurde durch die ablehnende Haltung der Stützerbacher Arbeiterschaft gesprengt. Die klassenbewußten Arbeiter verließen geschlossen die Versammlung und ließen ein Bäckerdutzend unbeherrschter Nazipartisanen mit ihrem Referenten allein.

Leider wurde durch eine objektiv feindselige Anzeige der Leiter der Kampfwehr, Gen. Kamowsky, auf die Anklagebank gebracht. Er wurde von dem Naziführer Arno Heyn, der von der SPD zur NSDAP hinübergewechselt war, beschuldigt, die Versammlungsteilnehmer aufgefordert zu haben, den überwachenden Polizeibeamten niederzuschlagen. Von den Nazis, die diesen Ausruf gehört haben wollten, blieb schließlich nur noch der Renegat H. selbst übrig, der in der Gerichtsverhandlung seine Aussage beschwor. Seltsamerweise wurde die inkriminierte Aeußerung des Gen. K. nur von dem sehr entfernt stehenden Nazi Heyn, aber nicht von den zahlreichen Versammlungsteilnehmern gehört, die sich in unmittelbarer Nähe des Gen. K. aufhielten. Leider hatte Gen. K. verabsäumt, Entlastungszeugen laden zu lassen, da er im Bewußtsein seiner Unschuld mit einer Verurteilung gar nicht rechnen konnte. Auf Grund der eidlischen Aussage des bereits erwähnten Naziführers wurde Gen. Kamowsky zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt. Es sind mehr als 50 Versammlungsteilnehmer aus allen Kreisen der Bevölkerung bereit, unter Eid auszusagen, daß sie die Aeußerung des Gen. K. nicht gehört haben, obwohl sie sich in seiner unmittelbaren Nähe aufhielten und den Vorgängen in der Versammlung sehr aufmerksam folgten.

Dem Aktionsausschuss ist es auch gelungen, eine proletarische Frauengruppe ins Leben zu rufen, die bereits mehr als 100 weibliche Mitglieder zählt. Diese „proletarische Frauengemeinschaft“, wie sie sich nennt, hat aus ihren Reihen einen überparteilichen loköpfigen Frauenausschuss gewählt, der in enger Fühlung mit dem Aktionsausschuss steht. Die Arbeiterfrauen, die viele Jahre lang politisch indifferent waren, sind nun wieder aktiviert worden und beabsichtigen, nicht nur stärksten Einfluß auf alle Angelegenheiten der Gemeinde, sondern auch auf die Klassenkampfaktionen der Stützerbacher Arbeiterschaft auszuüben. So wollen sie bei der Verteilung der Winterhilfe als Kontrollorgane mitwirken, sie wollen Kandidatinnen für die kommenden Gemeinderatswahlen im thüringischen und im preußischen Anteil aufstellen und verlangen ultimativ eine Einheitsliste der Stützerbacher Arbeiterschaft für diese Wahlen. Obwohl in den Arbeiterparteien noch Strömungen vorhanden sind, die der Einheitsliste widerstreben, so sind doch die besten Hoffnungen vorhanden, daß Aktionsausschuss, Frauenausschuss und Kampfwehr in gemeinsamer Zusammenarbeit diese Widerstände brechen werden. Der Aktionsausschuss befaßt sich aber nicht nur mit Aktionen, die im Orte selbst die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ändern wollen, sondern

versucht auch, mit wachsendem Erfolge, seinen Aktionsradius zu vergrößern.

So ist an seiner Initiative gelungen, neue Einheitsfronten in Frauenwald und Schluslanger-Naundorf zu schaffen. Auch Bemühungen in anderen benachbarten Orten, zu gemeinschaftlichen Aktionen zu gelangen, hat er zu fördern versucht. Jetzt hat er sich mit einem Schreiben an eine ganze Reihe von thüringischen Orten gewandt, um die schon geschaffenen Einheitsorganisationen bezirkswise zusammenzuführen. Leider hat der erste Ver-

auch zu keinem Ergebnis geführt, anscheinend ist für die Notwendigkeit eines engeren Zusammenarbeitens dieser doch inzwischen schon zahlreich vorhandenen Orte nicht das genügende Verständnis vorhanden. Wir wenden uns deshalb noch einmal an die umgebenden Funktionäre in diesen Orten mit dem nachdrücklichen Ersuchen, Fühlung mit uns zu nehmen, um die Einheitsfronten organisatorisch zusammenzufassen. Anschritten des Vorsitzenden des Aktionsausschusses und des Leiters der Kampfwehr: Genossen W. Bahmann und R. Kamowsky, beide in Stützerbach, Preuß. Anteil.

## Was ist uns der 2. Oktober?

Die zwei Beiträge „Was ist uns der 2. Oktober?“ und „Brief aus Niedersachsen“ waren ursprünglich für die Sondernummer der „SAZ“ zum einjährigen Bestehen der SAP bestimmt, mußten aber wegen Platzmangel zurückgestellt werden.

Der 2. Oktober 1932 hat in ganz Deutschland eine besondere Bedeutung erhalten. Bekanntlich ist es der Geburtstag des derzeitigen Reichspräsidenten. Die derzeitige Reichsregierung von Papen-Schleicher ist an der Arbeit, diesen Tag zu einem besonderen „Ehrentag des Volkes“ zu machen. Er soll zu diesem Zweck den Charakter einer „Kaiser-Geburtstagsfeier“ erhalten. Die Vereine der „militärischen Kameradschaft“ aus Krieg und Frieden rüsten schon, um die nötigen Paraden vom Stapel zu lassen. Die „republikanische“ Wehrmacht wird ihrem Oberbefehlshaber selbstverständlich besondere Ehrungen erweisen. Der „Stahlhelm“ hat sich schon ausgesöhnt und wird ebenfalls die nötigen Feiern für sein Ehrenmitglied steuern lassen. Aber auch die „ehrenamtlichen“ Sammler fehlen bei dieser Gelegenheit nicht. Es heißt da z. B.: „Denkt an Hindenburg und gebt für die Hindenburgspende“, „Zeichnet für die Winterhilfe und helft Hindenburg helfen“ oder „Spendet für eine neue Niobe“, denn die Reichsmarine braucht ein Schulschiff“ usw. Die Schulen haben bereits angeordnet, daß an diesem Tage schulfrei ist. Also was wollen die deutschen Bürger noch mehr? Bestimmt wird sich an diesem Tage die ganze Reaktion zusammenschließen. Leider kann aber noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden, was diejenigen Kreise tun, die sich als staatshaltend bezeichnen und sich für die Weimarer Republik erklärt haben. Wo wird also am 2. Oktober 1932 die SPD und das Reichsbanner stehen? Werden sie auch wieder zu Hindenburg gehen? Die Arbeiterschaft wird gut tun, hier die Augen offen zu halten.

Welche Bedeutung hat nun aber der 2. Oktober 1932 für die revolutionär-sozialistische-marxistische eingestellte Arbeiterschaft? Der 2. Oktober 1931 war ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse. An diesem Tage begann sich die Arbeiterschaft aufzubauen gegen die falsche Politik der SPD und KPD und formierte sich zu einem neuen Vortrupp für die Gesundung der deutschen Arbeiterbewegung in der „Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands“

In Breslau, auf traditionellem Boden, war die Geburtsstunde und der Geburtsort der SAP, und in Berlin wurde am 4. Oktober 1931 der Grundstein gesetzt. Also am 2. Oktober 1932 ein Jahr SAP!

Die revolutionär-sozialistische-marxistische eingestellte Arbeiterschaft hat die Pflicht, zu prüfen, ob der einjährige Kampf um die erste Etappe der SAP gut und richtig war. Alle Anhänger der jungen revolutionären Arbeiterpartei werden, wenn sie alle Schwierigkeiten, die sich dem Auf- und Ausbau in den Weg gestellt haben, zu der Überzeugung kommen, daß unter diesen Umständen ein größerer Erfolg wohl nicht zu erzielen sein würde. Es wird in der Partei aber auch keinen Genossen oder Genossin geben, die nicht gern einen größeren Fortschritt im Interesse der gesamten Arbeiterklasse am ersten Jahrestag der Partei festgestellt hätten. Es muß aber auch hierbei aufrichtig und ehrlich zugegeben werden, daß Mitgliedschaft, Funktionäre und Parteiführer in diesem ersten Jahre geradezu übermenschliche Leistungen vollbracht haben. Der Idealismus ist bei allen denen, die heute in den Kampfreihen stehen, ungebrochen und wird im Kampf um die zweite Etappe weitere Erfolge zeitigen. Die vielen Wahlkämpfe, die wir als junge, im Aufbau begriffene Partei zu führen hatten, haben wohl die Finanzkraft der Partei, Presse und auch aller Genossen sehr stark mitgenommen, sie können aber ebensowenig wie die vielen polizeilichen Presseverbote und sonstigen Schikanen der Gegner aller Schattierungen den Idealismus der Gesamtmitgliedschaft sowie den langsamen aber sicheren Aufstieg der Partei aufhalten.

Unsere richtige politische Linie beginnt sich immer mehr bei den sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeitern durchzusetzen. Sie alle erkennen, daß auf dieser Basis eine Einigung der Arbeiterklasse möglich ist, können sich aber wegen der parlamentarischen Illusionen leider noch nicht zur entscheidenden Tat aufraffen, sich bei uns einzufügen. Hier muß also mehr wie bisher unsere Arbeit in der kommenden zweiten Etappe einsetzen, um größere Arbeitermassen bei uns organisatorisch zu erfassen. Wenn alle Parteimitglieder hier bereit sind, erneut in ihrer Arbeit mit aller Energie einzusetzen, haben sie die große Bedeutung des 2. Oktober 1932 für die ganze Arbeiterklasse richtig erkannt.

Dies ist unser Wunsch am 2. Oktober 1932, und deshalb sei die Arbeiterschaft trotz aller reaktionären Ablenkungsmanöver immer und immer wieder kampfbereit!

Ewald Boy, Stralsund.

## Brief aus Niedersachsen

Das Gebiet des Landesarbeitsamtsbezirks Niedersachsen mit seinen mannigfaltigen Landschaften, Berge, Heide, fruchtbare Felder und im Norden die Nordsee, mit seiner vor dem Kriege blühenden Industrie und ertragreichen Landwirtschaft, war bis zum Kriegsausbruch ein Hort des kleinlichsten Partikularismus.

Ist der Partikularismus bei den nie über ihren Misthaufen sehenden Bauern verständlich, so ist er bei den Arbeitern nur durch raffiniertes Fernhalten von der Arbeiterbewegung und als Ventil für den Unwillen der Arbeiterschaft gegen das herrschende System zu erklären.

Das war ganz besonders in der Peiner-Ilse der Schwerindustrie bis zum Ausbruch des Kriegs zu bemerken. Von der Direktion unterstützte Werksvereine und die bekannten Werkskolonien halfen mit, die Arbeiterschaft von der sozialistischen Bewegung fernzuhalten.

Heute hat sich vieles grundlegend geändert. Die gesamte Industrie, Peiner Walzwerk, Hochofenwerk Groß-Ilse, Lengede-Büllener Erzebergbau und die zu diesem Konzern Ilse der Hütte gehörenden Kohlengruben in Minden sind stillgelegt. Noch im Jahre 1930 waren auf diesen Werken 10550 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Während die Roheisenerzeugung im Jahre 1928 570.466 t betrug, sank sie im Jahre 1931 auf 167.990 t. Dabei ist die Arbeitsleistung je Arbeiter von 130 t im Jahre 1913 auf 174 t im Jahre 1931 gestiegen! Selbstverständlich ist die Belegschaftsstärke in den letzten Jahren mehrfach radikal verringert worden. Die in den letzten Monaten vor der Stilllegung gezahlten Löhne waren lächerlich niedrig. Der Spitzenlohn eines gelernten Arbeiters betrug 35 Pfg., eines angelernten 50 Pfg. und eines ungelerten Arbeiters 47 Pfg. Will man noch erwähnen, daß ein ganzes Jahr vor der Stilllegung nur noch

3 Tage in der Woche gearbeitet wurde, so erscheint es durchaus verständlich, daß diese Arbeiter die Hilfe des Wohlfahrtsamtes in Anspruch nehmen mußten. Als schönes Gegenstück soll folgende Zahl dienen. Nach dem Geschäftsbericht des Vorstandes der Ilse der Hütte haben „die drei Vorstandsmitglieder und die mit der besonderen Ueberwachung und Leitung des Geschäftsbetriebes Beauftragten“ (wer und wieviel wird nicht gesagt) an Vergütung nur die „Kleinigkeit“ von 218.000 Mk. im Jahre 1931 erhalten.

Durch diese Stilllegung sind die Stadt Peine und der Kreis in eine nicht beneidenswerte Lage geraten. Von den 18.000 Einwohnern der Stadt werden 7237 Personen aus öffentlichen Mitteln unterstützt. Das sind über 42 Prozent der gesamten Peiner Einwohnerschaft. Der Großteil (5107) erhält Unterstützung aus den Mitteln des städtischen Wohlfahrtsamtes und nur 2120 Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge. In den Gemeinden des Kreises Peine sieht es nicht viel besser aus. Das namenlose Elend, das sich hinter diesen Zahlen verbirgt, läßt sich nicht in Worten ausdrücken. Zur Illustration dieses ungeheuren

Elends diene nur, daß in dem 1 1/2 Stunden von der Stadt liegenden großen Wollfener Walde auch nicht ein Stückchen Holz zu finden ist, das dicker als ein Finger wäre. Der Boden des Waldes sieht wie eine ausgekehrte Stube aus.

Der sogenannte Peiner Mittelstand, die kleinen Handwerker und Geschäfteleute, sind im Aussterben begriffen. Die Zeiten des von der „Substanz-reichen“ sind schon vorbei. Das Steuernutzen gehört der Vergangenheit an. Was nutzen da schon der Stadt die Staatsbeiträge von 16.500 Mark für August und 24.000 Mark für September? Langsam fangen die Peiner Bürger an zu verzweifeln. Adolf Hiller, ihr aufgehender Stern, beginnt bei ihnen zu verblasen. Doch reicht es noch nicht zur revolutionären Arbeiterbewegung.

Die beiden großen Arbeiterparteien Peines sind eine einzige Tragödie. Die Sozialdemokraten, Reichsbanner und Gewerkschaften machen jetzt tüchtig in freiwilligem Arbeitsdienst, obwohl sie in einem Rundschreiben offen bekannt haben, daß „der FAD den sozialistischen Grundsätzen zuwider läuft“. Die stumme Opposition der SAP-Gewerkschaftskollegen gegen den FAD beantwortet der Bezirksvorsitzende des ADGB, Breuncke, Hannover, damit, daß die Opposition aus den Gewerkschaften ausgeschlossen wird. Und die KPD? Sie gefällt sich darin, daß sie den ehemaligen Hauptmann Römer, einen Führer des ehemaligen faschistischen Freikorps Oberland, in Peine sprechen läßt und ihn als einen richtigen Arbeiterführer und Revolutionär feiert. Aber in einem gleichen sich die Hauptlinge beider Parteien auf das Haar. In ihrem fanatischen Haß gegen die junge Sozialistische Arbeiterpartei und in ihrem Geschick, das einer besseren Sache würdig wäre, alle Ansätze einer proletarischen Einheitsfront schon im Keime zu ersticken.

Die Sozialistische Arbeiterpartei beschließt jetzt ein Jahr. Bestände sie aber noch nicht, so wäre es ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, wollte man mit der Gründung auch nur noch einen Tag warten. Die SAP wird in Peine von ihren Gegnern als die Partei der Offiziere der Arbeiterbewegung ohne Soldaten bezeichnet. Unsere Gegner kennen unseren ausgezeichneten Funktionärstab, und haben schon des Mehrfachen alle Ueberredungskünste aufgewandt, um unsere Genossen abtrünnig zu machen. Aber immer ohne Erfolg.

Noch ist die SAP in Peine an Zahl gering. Aber jeder, der nur acht Tage in Peine weiß, wird zugeben, daß die SAP in Peine ein Faktor ist, der nicht an letzter Stelle steht. Schon allein die Tatsache, daß wir in einem halben Jahre zwar bei vier großen Wahlen zahlenmäßig nicht vorwärts gekommen sind, aber unsere Reihen fester und unerschütterlicher, unsere Genossen opferfreudiger und kampfbereitester sind, ist Beweis genug, daß auch in Peine die Idee des revolutionären Marxismus lebt. Wir sind kampfbereit!

## Spaltungsversuche im Delitzscher Arbeiter-Turnverein

Herr Thomas, Delitzsch, ist Vorsitzender des Arbeiter-Turnvereins „Frisch auf“. Er ist Mitbegründer dieses Vereins und war damals noch Arbeiter, heute ist er tüchtiger Geschäftsmann und ein kleiner Spießer geworden, aber noch Mitglied der SPD und bestrebt, das Werk, das er damals vor Jahrzehnten mitbegründete, heute zu zerschlagen, weil er heute auf Grund seiner geschäftlichen Lage ein Feind der Genossenschaft und des Sozialismus geworden ist. Es fragt sich, wie lange die Delitzscher Arbeiter sich dieses vererbliche Spiel eines Thomas und seiner Freunde noch gefallen lassen.

Erst vor kurzem wurde der Orts- und Bundesvorstand durch die fast einmütige Haltung der Mitglieder gezwungen, die von Thomas veranlaßten Ausschlüsse von zwei unserer Genossen, Geßner und Pornak, zurückzunehmen. Nun ist schon wieder in den Augen des Herrn Thomas ein „großes Verbrechen“ geschehen. Einige Turner haben von sich aus bei einer Veranstaltung der „Roten Hilfe“ zugunsten der politischen Gefangenen mitgewirkt. Dieses genügt, um einer Reihe von Genossen durch den Bundesvorstand Verweise zu erteilen, Erklärungen abzufordern und den Gen. Pornak erneut auszuschließen. Der Turngenosse Hampe, SPD, erklärte in einer Versammlung, daß diejenigen, die mit dem Eisernen Front-Kurs nicht einverstanden seien, besser ausscheiden sollten. Die Mitglieder waren jedoch der Meinung, daß der Arbeiter-Turnverein kein Tummelplatz für Manöver der „Eisernen Front“ sei. Herr Thomas glaubt nun, daß es besser sei, den Arbeiter-Turnverein zu zerschlagen, und damit werden seine Handlungen verständlich.

Arbeiterturner, wehrt euch gegen diese Spaltungsbestrebungen wie bisher in geschlossener Front!

**Berlin**  
**Rose-Theater**  
Große Frankfurter Str. 132  
Telefon: E 7 Weidnitz 3422  
Donnerstag, 6. Oktober  
8.15 Uhr  
**Der Hauptmann von Köpenick**

**Myiau i. V.**  
**Die Original-Lustigen Zwickauer Sänger**  
(Sieben Mitglieder)  
treten mit vollständig neuem Programm am Sonntag, den 8. Okt., in der Turnhalle der Freien Turnerschaft Myiau i. V. auf  
EINLASS: AB 10 UHR  
BEGINN: 20 UHR  
Eintritt: 70 Pfennig, Erwerbslose usw. gegen Ausweis 40 Pfennig  
Die gesamte Einwohnerschaft wird hierzu auf das freundlichste eingeladen  
DER VEREIN

# Die Gottlosen

Von Alfons Goldschmidt

Der Stöpsle rief von der Schulbank: „Herr Lehrer, ich glaube nicht an Gott, Sie müssen mir Gott beweisen.“ „Komm mal her, mein Jungchen, ich werde dir gleich den Beweis liefern.“ Dann fochte er den Stöpsle beim Krigen, legte ihn übers Knie und verlieb ihn. „Glaubst du jetzt an Gott?“ „Nein,“ heulte der Stöpsle, „Aha sind kein Beweis.“ Zu Hause fragte ihn der Vater: „Was hast du denn, du hast ja geheult?“ „Der Lehrer hat mich versohlt, weil ich nicht an Gott glaube.“ „Was?“ rief der Vater, „du glaubst nicht an Gott?“ und liebte ihn zunächst mal eine runter.

Diese Erziehungsmethoden haben in Russland aufgehört. Kinder werden in der Sowjetunion nicht geschlagen, und wenn sie den Lehrer nach der Existenz Gottes fragen, wenn sie überhaupt noch danach fragen, so wird er ihnen mit anderen Methoden, mit Logik nämlich und Hinweis auf Unmöglichkeiten die Nichtexistenz Gottes beweisen. Denn gottlos zu sein, das ist wahrhaftig keine Schande drüber mehr. Gott ist dort eine historische Kategorie, eine Ueberbauerscheidung, wenn ich so sagen darf, er ist in Millionen und aber Millionen Sowjetunionisten keine Realität mehr.

Ich ging in Moskau ins Büro des Bundes der Gottlosen, um mich nach dem Stand der Gottlosigkeit in der Sowjetunion zu erkundigen. Dieser Bund hatte im November 1931 5 Millionen Mitglieder und jeden Tag kommen Tausende hinzu. Rote Fahnen der Gottlosigkeit standen an der Bürowand, Plakette für besonders erfolgreiche Gottlosigkeit werden verteilt. Die Organisation ist ein starker, machtvoll wachsender Verband. Aber die Gottlosigkeit beschränkt sich nicht auf diesen Bund, sie ist viel breiter, sie erfasst auch Gebiet auf Gebiet, Seele auf Seele, und es kann kein Zweifel sein, daß sie eines Tages die ganze Sowjetunion beherrschen wird. Dann wird kein Gott mehr in keiner Sowjet-Seele sein. Die Sowjet-Kinder werden in der Kulturgeschichte von vergangenen Göttern hören, aber ihre Gemüter oder ihre Gedanken werden davon nicht mehr erschüttert sein.

In jenem Büro des Bundes der Gottlosen hatte ich folgendes Gespräch: „Wie ist das nun bei euch, werden die Gottgläubigen verfolgt?“ Wie ist es mit dem Kirchengang und überhaupt mit der Ellbogenfreiheit der Religion?“ „Wir hindern keinen,“ antwortete der Sekretär des Bundes, „in die Kirche zu gehen, zu glauben, was er will, aber wir haben das Recht, unsere Gottlosigkeit offen zu bekennen und Propaganda für sie und gegen die Kirche zu machen. Das ist der Unterschied zu euch: Ihr dürft die Dinge nicht sagen, sonst kommt ihr mit den entsprechenden Strafrechtsparagrafen in Konflikt, wir aber proklamieren das freie Recht des Geistes sich zur Vernunft zu bekennen und den anderen zu sagen, daß sie Vergangenes und Unwirklichkeiten anbeten. Von diesem Recht machen wir breit und in aller Öffentlichkeit Gebrauch. Das aber ist keine Verfolgung, sondern Aufklärung und wir können feststellen, hier haben Sie die Statistik, daß diese Aufklärung jeden Tag effektvoller wird.“

So ist es in der Sowjetunion und nicht anders und infolgedessen sind schon viele Kirchen keine Kirchen mehr. Ich sah in einer Kirche sogar ein Museum gegen die Kirche, drastisch, rücksichtslos und wahrhaft, und ich sah in großen Demonstrationen Plakate und Satiren gegen Methoden und Behauptungen der Kirche.

Daß man in der Sowjetunion die Kirche nicht mit Feuer und Schwert verfolgt, wie

erst die Kirche die Heiden mit Feuer und Schwert verfolgt hat, dafür habe ich selbst Beispiele erlebt. Ich besuchte die uralte Zionskirche in Baku und ließ mir von dem Priester einer noch älteren Kirche bei Tiflis Erinnerungen und Legenden zeigen. Frauen küßten den Boden, das Kreuz, verbeugten sich vor den Priestern, übten ihren Ritus ohne Scheu. Es geschah ihnen gar nichts. Aber: diese Ritualität, diese Inbrünstigkeit vergeht oder ist schon vergangen, das fühlt man deutlich in den Kirchen. Es sind nicht mehr die alten Kirchen, sie sterben, es ist keine Frage, daß der alte Glaube zugrunde geht in der Sowjetunion, in sich zerbricht und bald nicht mehr da sein wird. Das ist keine Frage, kein Zweifel kann daran sein und wenn auch noch Millionen in Kirchen gehen.

Dieser Prozeß ist ganz natürlich. In der kapitalistischen Welt sind die Armen unten, und weil sie hungern, sagt man ihnen: Hunger ist ein edler Scheln von Innen, der von oben kommt; wenn ihr geduldig hungert, dann werdet ihr drüber belohnt. Drüber gibt es Nektar und Ambrosia, so ihr braucht drüber gar nicht mehr zu essen, im Himmel seid ihr sozusagen transparente Geschöpfe, die diese irdische Magenählichkeit nicht mehr besitzen. Die Reichen aber in der kapitalistischen Welt halten zur Kirche, weil die Kirche mit ihnen den Armen jene Tröstungen predigt, von denen zwar der Magen nicht voll, aber oft die Seele gelähmt wird. Wenn erst die Massen spüren, daß sie schon auf Erden was zu essen

kriegen, müssen sie naturgemäß jene Ver- tröstungen auf den Himmel ablehnen. Sättigung auf Erden ist der Tod der Religion und da die Sowjetunion dabei ist, die Massen immer mehr zu sättigen, so müssen Religion und Kirche dort sterben. Daran wird kein Aufruf, keine Verleumdung, keine Hetze, von wem auch immer sie kommt, etwas ändern. Sozialismus und Kirche, das verträgt sich nicht. Je sozialistischer die Gesellschaft, desto mehr glaubt sie an sich und nicht an einen Traum über ihre Vernunft.

In der Abend-Ausgabe des „Berliner Lokalanzeigers“ vom 2. 1. 1932 schrieb Herr Dr. Gustav Eberlein aus Rom:

„Das italienische Volk hat in seinen ärmsten Schichten noch einen Rückhalt, es hat noch einen Gott, es glaubt noch an Vaterland und seine stärkste Festung ist die Familie.“

Damit erklärt Herr Eberlein die geduldige Misere in dem fascistischen Land. Aber ich glaube, Herr Eberlein irrt, denn auch in Italien werden die ärmsten Schichten sich nicht lange mehr mit Gott trösten und werden ihr Land nur dann Vaterland nennen wollen, wenn es ihnen genügend zu essen gibt. Nur dann werden sie auch in der Familie glücklich sein, denn die Familie soll ja eine Gemeinschaft werden, in der die Menschen nicht zu hungern brauchen, sondern alles haben können an Nahrungsmitteln und Kultur, dessen ein Mensch bedarf, um menschenwürdig zu leben.

## Bestraft, weil er zu billig verkaufte

In Siegen betrieb der Händler Adolf Krumm, seit Jahren sein Kohलगeschäft. Er setzte jährlich ca. zwanzigtausend Zentner Briketts und zehntausend Zentner Kohlen um. Nun bildete sich vor Jahren in Siegen eine Kohlenhändler-Vereinigung. Die Briketts, die frei Siegen 88 Pfg. pro Zentner kosteten, wurden von den Händlern dieser Vereinigung im Einzelverkauf für 1,68 Mark abgeben. Die Preisspanne betrug also fast 100%. Der Verdienst schloß dem Kohlenhändler Krumm zu hoch, so daß er einmal der Kohlenhändler-Vereinigung nicht beitrug und zum anderen seine Kohlen 20% unter Preis verkaufte. Krumm sagte: „wenn ich abends nach Hause kam, und 48 Mark Reinverdienst in der Tasche hatte, dann war ich zufrieden, ich wollte nicht auf Kosten der armen Leute noch mehr verdienen.“

Aber dann weiterten sich plötzlich die Großhändler an K. weiterhin Kohlen zu liefern. Zuerst stand er 1 1/2 Monate, dann 5 Monate und zuletzt wieder 2 1/2 Monate ohne einen Zentner Kohle da. Die Kunden liefen fort, das Geschäft war kaputt. Er verklagte den Großhändler, der Prozeß ging verloren. Dann führte er eine Klage gegen 9 Siegener Kohlenhändler, auf deren Betreiben sich die Großhändler verpflichtet hatten, an Krumm keine Kohlen mehr zu liefern. Die Klage wurde vom Siegener Amtsgericht abgewiesen und Krumm zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Der dickköpfige Westfale aber ließ kein Mittel unversucht, er wandte sich an den Reichswirtschaftsminister, dieser teilte ihm in einem vierseitigen sehr rechtsgelerten Schreiben mit, daß „leider nichts zu machen ist“. Als der Preissanktionskommissar eingesetzt wurde, wandte sich K. an diesen. Die

Antwort des Herrn Goerdeler war kurz und bündig: „Ich bin nicht in der Lage, in einem Einzelfall einzugreifen.“

Krumm ist jetzt vollständig ruiniert, weil er zu billig verkaufte, mußte er seine Existenz einbüßen. e. h.

## Ehebruch ist „unkünstlerisch“

Der neueste Bergner-Film, der den Titel „Der träumende Mund“ trägt, ist vor kurzem dem deutschen Publikum gezeigt worden. Wir hätten es nicht nötig gehabt, uns mit diesem Film zu befassen, da er aus der bürgerlichen Ideologie heraus für das Bürgertum gestaltet ist, wenn sich nicht die Filmgesellschaft, die den Film hergestellt hat, an die zuständige amtliche Stelle gewandt hätte, um für den Film das Prädikat „künstlerisch wertvoll“ zu erlangen. Der Amtschimmel hat die Erteilung dieses Prädikats mit der Begründung abgelehnt, man könne eine solche Auszeichnung einem Film nicht zukommen lassen, in dem ein Ehebruch vorkommt.

Nun könnte man meinen, daß in dem Film eine Ehebruchszene sei, die besonders kraft und deutlich dargestellt würde.

Nichts von alledem! In dem Film, der peinlich diskret gemacht ist, bezieht sich kein einziges Bild auf den direkten Vorgang des Ehebruchs.

Der Ehebruch scheint also nach deutschen Begriffen unkünstlerisch zu sein.

Dieses Urteil konnten nur Moralpöfchen sprechen, die eben aus ihrer direkten „prinzipiellen Einstellung“ sich für die deutsche Moral verantwortlich halten. Wir empfehlen diesen Herrschaften Shakespears und Goethes gesammelte Werke pauschal zu verbieten, denn

die letzte Stunde. Wenn die Abdankung heute nicht erfolgt, so kann ich nicht mehr mitarbeiten. Auch die deutschen Fürsten können sich nicht mehr vor den Kaiser stellen.“

Immer wieder wird der Prinz unterbrochen. Der Kaiser wird gereizter und heftiger. Die Sozialdemokratie, die Regierung, sogar die deutschen Fürsten; alle lassen ihn im Stich! Goquell rufte der Prinz zurück:

„Man hat mir gesagt, daß Dir hinterbracht sei, ich intrigiere gegen Dich. Das ist eine Lüge. Wenn ich nicht vor Dich gestellt hätte, so wäre die Frage vor acht Tagen akut geworden. Mein Rat ergeht heute als Verwandter und deutscher Fürst. Das freiwillige Opfer ist erforderlich, um Deinen Namen der Geschichte zu erhalten.“

Solchen Rat will der Kaiser nicht hören. Zu seinem Flügeladjutanten sagt er: „Wie kommt der Prinz dazu, mir so etwas nahezu legen?“

Dem Prinzen erwidert er in schroffem Ton: „Ich gebe nicht nach. An der Spitze des Heeres werde ich die Ordnung in der Heimat wiederherstellen. Die nötigen Befehle sind bereits erteilt.“

v. Pritwitz sieht das Gesicht des Prinzen verfallen und hört ihn langsam sagen: „Ich bitte Seine Majestät mich sofort zu entlassen und einen neuen Reichskanzler zu ernennen!“

Der Kaiser schreit zurück: „Nein, das gibt es nicht! Du hast das Waffentillungsangebot hinausgegeben. Du mußt auch die Bedingungen entgegennehmen.“

Nach dem Gespräch bleibt der Prinz müde sitzen. „Der Kaiser ist sehr, sehr böse auf mich!“ sagt er.

Er läßt Dr. Solf und den Kanzleichef Wahnhaftig rufen. Noch einmal formulieren sie in fünf Punkten die Gründe der Regierung für die Abdankung und übermitteln den Text telegraphisch nach Spa. Nach der Abwendung der Depesche ruft Wahnhaftig die Kaiser-villa an und ersucht Freiherrn v. Grünau, Seine Majestät sofort vom Inhalt zu verständigen.

v. Grünau lehnt ab:

gerade diese beiden großen Dichter des Bürgertums haben immer und wieder nicht nur den Ehebruch sondern noch schlimmere Verbrechen wie Blutschande usw. behandelt.

## Lehrer verweigern Religionsunterricht

Der Dortmunder Lehrerverein nahm am 29. September in einer gut besuchten Mitglieder-versammlung Stellung gegen den Erlaß des Reichskommissars für Preußen Dr. Bracht, der besonders für die evangelische Kirche ein weitgehendes Einsichtsrecht in den Religionsunterricht an den Volks- und Mittelschulen vorsieht. Bereits in einer früheren Versammlung hatte man den Erlaß in seinen wesentlichsten Teilen, einstimmig abgelehnt. In einer schriftlich durchgeführten Abstimmung haben 371 von den 420 dem Dortmunder Lehrerverein angeschlossenen evangelischen Religionslehrern, also 88%, die Erklärung abgegeben, bei Durchführung des Bracht'schen Erlasses, unter Bezugnahme auf Artikel 149 der Reichsverfassung, den Religionsunterricht niederzulegen. Der Umstand, daß der Erlaß nur eine kirchliche Einsicht in den Religionsunterricht an Volks- und Mittelschulen vorsieht, und die höheren Schulen ausseracht läßt, ist für die Lehrer vollkommen unverständlich. Sie erblicken darin in demselben eine durch nichts gerechtfertigte Glaubenskontrolle. Scheinbar bemüht sich Herr Bracht genau wie Wilhelm II. um die ganz besondere Erhaltung der Religion im Volke, und bemerkt in seinem Eifer nicht, daß er mit seinen Bemühungen in Widerspruch gerät mit den Bestimmungen der Reichsverfassung. Die preussische Lehrer- und Elternschaft hat in dieser Zeit fortschreitender Kultur-reaktion die Aufgabe, sich entschieden zur Wehr zu setzen, gegen päpstliche Kontrolle in den Schulen. Hoffentlich trägt das Dortmunder Beispiel bald dazu bei, die gesamten Eltern und Lehrer auf den Plan zu bringen. Dm.

## Tödliches Flugzeugunglück

Mannheim, 5. Oktober. Im Mannheimer Flughafen ereignete sich gestern ein tödliches Flugzeugunglück. Der 24 Jahre alte Pilot Gauß, der mit einem Privatflugzeug, das früher in Kriegsdiensten gestanden hat, aufgestiegen war, drhte in 800 m Höhe einen Looping. Als er aus dem Looping herauskam, war die Maschine in starker Fahrt. Es gelang dem Piloten, die Maschine, deren Tragflächen bereits flackerten (ein Vorzeichen des Flugzeugs), wieder anzuziehen, er beging jedoch die Unvorsichtigkeit, vor dem Abspringen mit dem Fallschirm, die Anschlaggurte mit einem Draht zu befestigen. Inzwischen war das Flugzeug von 600 m auf 80 m heruntergekommen. Der Fallschirm funktionierte tadellos, jedoch war die Höhe zu gering, so daß Gauß schwer auf das Gelände niedersauste und so schwere Verletzungen erlitt, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus seinen Verletzungen erlag.

## Das hat sich gelohnt

Paris. Der Gehilfe des Zahlmeisters eines Infanterie-Regiments ist mit der Regimentskasse, die eine Viertelmillion Frank enthielt, verschwunden.

## Gaskessel-explosion in Belgien

La Louvière (Belgien), 5. Oktober. Ein Reservegaskometer der hiesigen Gaskanstalt ist heute vormittag explodiert. Durch die Explosion wurden mehrere Personen verletzt und erheblicher Schaden verursacht.

## Der Kaiser ging, die Generäle blieben

Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALLIE-VERLAG A.-G., Berlin W 50  
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

„Da hinten die Börse ist das drittel“

Morgen nacht...

Der Dreher Laukant ist Mitglied des USP.-Vorstandes und Beisitzer im Kopf der Obleute. Der Metallarbeiter Habersaath ist Leiter einer Spartakusgruppe und Stoßtruppführer bei den Obleuten. Laukant stammt aus einer ostpreussischen Landarbeiterfamilie, Habersaath kommt aus dem Berliner Norden und hat die Schwindsucht. Der eine haßt die bestehende Gesellschaftsordnung mit der gleichmäßen Art seines Schlages, der andere mit dem Fanatismus eines Verdammten.

Aber in beiden Köpfen brennt es. Jeder in die eigenen Gedanken versunken, gehen sie die „Linden“ hinunter. Sie kreuzen die Friedrichstraße, die trotz der späten Stunde noch bevölkert ist von nach Hause gehenden Kellnern, Kriegsgewinnlern, Prostituierten, Schleppern für Nachtlöcher. Nachher biegen sie in die einsame Wilhelmstraße ein.

Nur vereinzelt brennt noch Licht in den Fluchten hoher Fenster. Auch in der Reichskanzlei sind einige Zimmer erleuchtet. Die beiden sehen im Vorbeigehen zu dem Gebäude auf, in dem das Gehirn des Reiches sitzt, der Kopf der das Reich überspannenden Bürokratie, die sie stürzen wollen. Dann schreiten sie schneller aus. Eine Stunde haben sie noch, bis sie die Flugblätter aus der Druckerei abholen können.

Die Reichskanzlei liegt in weichem Dunkel.

Nur im Arbeitsraum des Kanzleichefs, im Adjutantenzimmer und den anschließenden Privaträumen des Kanzlers brennt noch Licht.

Der Kanzler Prinz Max von Baden hat sich mit der Kaiservilla Fraumense verbinden lassen.

Nachdem er wochenlang gezögert und immer wieder andere vorgeschickt hat, spricht er endlich mit dem Kaiser ohne Zwischenschaltung des ganzen Apparates.

... was ich Eurer Majestät habe sagen lassen, muß ich als Verwandter wiederholen. Deine Abdankung ist notwendig geworden, um den Bürgerkrieg in Deutschland zu vermeiden und um Deine Mission als Friedens-kaiser bis zum Schluß zu erfüllen. Das Blutvergießen würde Dir zur Last gelegt werden ...

Auf den Einwand des Kaisers entgegnet er: „Nein, die Haltung der Truppen ist nicht zuverlässig. In Köln ist die Macht in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrats. In Braunschweig weht die rote Fahne auf dem Schloß. In München ist die Republik ausgerufen. In Schwerin tagt ein Arbeiter- und Soldatenrat. Das Militär hat sich nirgends bewährt.“

Neben dem Kaiser sitzt der Flügeladjutant v. Grünau, neben dem Kanzler der Legationsrat v. Pritwitz, den der Prinz aus dem Adjutantenzimmer gerufen hat, um zu überhören und niederzuschreiben, was er dem Kaiser mitzuteilen hat. Besorgt beobachtet v. Pritwitz den wechselnden Tonfall und die wachsende Unruhe des Prinzen.

„Ich habe mich gegen den Gedanken gewehrt, aber die Situation ist heute unhaltbar. Der Schritt muß mit der größten Beschleunigung unternommen werden. Wenn das Opfer erst erfolgt, nachdem schon Blut geflossen ist, dann hat es keine heilende Wirkung mehr ... Falls der Kaiser diesen Schritt tut, kann mit Hilfe der Sozialdemokratie die Situation gehalten werden. Sonst steht die Republik bevor. Könnte man sich auf die Truppen verlassen, wäre es anders ...“

Der Kaiser wendet sich gegen die Sozialdemokraten.

Doch der Prinz nimmt sie in Schutz.

„Nein, der Gedanke geht nicht zuerst und nicht allein von der Sozialdemokratie aus, diese hat die Sache nur in die Hand genommen, um die Führung zu behalten ... es ist

## Lohnraub bei der AOK Berlin

In der Berliner Ortskrankenkasse prangt seit einigen Tagen folgender Anschlag:

„An sämtliche bei der Kasse beschäftigten Hilfsarbeiter!

Auf Grund des Erlasses des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 14. 8. 32 darf die Verwaltung Mehrleistungen an das Personal der Krankenkassen nicht mehr zahlen. Ab 1. Oktober 1932 sind Sie daher verpflichtet, die Arbeitnehmeranteile zur Angestellten- resp. Invalidenversicherung, Kranken- und Arbeitslosenversicherung selbst zu tragen.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin. Der Vorstand.“

Das ist ein glatter Lohnraub. Der in seiner Mehrheit aus Sozialdemokraten bestehende Vorstand der AOK erlöst diese Bekanntmachung und versteckt sich damit hinter die Regierung, ohne auch nur ein Wort darüber zu verlieren, wie den ohnedies jährling bezahlten Hilfskräften dieser Lohnabzug, denn nichts anderes ist die jetzige Maßnahme, anderweitig ausgeglichen wird. Selbstverständlich müssen dagegen die Angestellten mit allen Mitteln kämpfen bzw. dem Abzug entsprechende Lohnerhöhungen fordern.

## Erfolgreicher Widerstand

Brandenburg a. d. Havel. (Eigener Bericht.) Am Donnerstag, den 29. September, trat die Belegschaft der Kammgarnspinnerei Kummole gegen einen mit sofortiger Wirkung angekündigten vierprozentigen Lohnabbau in einen einständigen Proteststreik. Die beabsichtigte Kürzung wurde daraufhin zunächst bis zum 15. Oktober zurückgestellt.

Die Firma Brennabor A. G. hatte in dieser Woche bereits auf Grund der durch die letzte Notverordnung gegebenen Möglichkeiten eine Lohnkürzung für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunden von 50 Prozent vorgenommen. Bei dieser Firma ist seit Jahren nicht mehr gestreikt worden. In der Urabstimmung sprachen sich aber 95 Prozent der Belegschaft für Streik gegen diesen Lohnraub aus. Die Firma Brennabor hat daraufhin Feststellungsklage beim Arbeitsgericht erhoben und sich bereit erklärt, bis zur Entscheidung des Gerichts die geltenden Tariflöhne wieder zu zahlen, sowie auch die in dieser Woche bereits abgezogenen 50 Prozent Lohn zurückzuzahlen.

Kleine Erfolge auf kurze Zeit — aber Ermunterungen für die Arbeiterklasse zu weiterem Einsatz ihrer Kräfte im außerparlamentarischen Kampf!

## Immer mehr Arbeitsdienst

In einer Beilage zu den statistischen Monatsübersichten für den Freistaat Sachsen berichtet der Bezirkskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst in Sachsen. Die Statistik beschäftigt sich mit den Monaten April bis September 1932. Die Zahl der im Ganzen befindlichen Maßnahmen betrug hiernach im April 61, im August 548. Die Zahl der am Monatschluss beschäftigten Arbeitsdienst-„Freiwilligen“ betrug im April 1476, im September 10785. Die Zahl der geleisteten Tagewerke im April 23342, im Juli 140226. Die gezahlten Förderungsbeträge beliefen sich für das erste Jahr des freiwilligen Arbeitsdienstes (August 1931 bis Juli 1932) auf 673467.— RM. Im Juli 1932 jedoch, also in einem Monat, auf über ein Drittel des Jahresbetrages, nämlich 273454.— RM.

Die Zahlen beweisen mit einer unheimlichen Deutlichkeit, daß die „Freiwilligkeit“ des Arbeitsdienstes dadurch illusorisch ist, daß ein großer Teil keinerlei Unterstützung beziehender Arbeitsloser, insbesondere Jugendlicher, einfach gezwungen ist, sich zum Arbeitsdienst zu melden, da er sonst keinerlei Existenzmöglichkeit in dieser Gesellschaftsordnung finden kann. Die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommende Verzweiflung in revolutionäre, auf den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gerichtete Energien umzuwandeln, muß unsere Aufgabe sein. Sie kann nicht auf die Weise erfüllt werden, wie dies Reichsbanner, SPD und Gewerkschaften versuchen, indem sie den Apparat des Arbeitsdienstes „durchdringen“ wollen, sondern nur im schärfsten Kampf gegen jede Art des Arbeitsdienstes.

## Zwangsarbeitsdienst!

Berlin, 3. Oktober.

CNB. Als Abschluß seiner Führertagung veranstaltete der Reichsbund für Arbeitsdienst eine Kundgebung, zu der Vertreter des Reichsarbeits- und des Reichswehrministeriums und Vertreter der Landes- und Kommunalbehörden erschienen waren. Der erste Vorsitzende des Bundes, Generalmajor a. D. Faupel, forderte in seiner Rede den allmählichen Übergang von dem freiwilligen Arbeitsdienst zum Zwangsarbeitsdienst zu.

Dieser „Reichsbund für Arbeitsdienst“ besteht, wie schon die Tatsache, daß ein Generalmajor der Vorsitzende ist, aus aristokratischen Faulenzern, deren ganzes Leben darin besteht, Andere arbeiten zu lassen und auszubeuten. Dieser Generalmajor Faupel ist es auch, der schon vor einem halben Jahr offen erklärte, daß der freiwillige Arbeitsdienst nur ein Mittel ist, um den Zwangsarbeitsdienst vorzubereiten. Jetzt scheint diese reaktionäre Clique die Zeit für gekommen zu halten. Daß die Gefahr für die Arbeiter sehr groß ist, zeigt die Anwesenheit zahlreicher Regierungsvertreter auf der „Führertagung“.

Der geschlossene Abwehrkampf des Proletariats muß diese Pläne zerschlagen.

# Die ostpreußische SAP an der Arbeit!

Am 2. Oktober fand in Elbing die 1. Bezirkskonferenz der SAP Ostpreußens statt. Sie zeigte, obwohl der Parteivorstand keinen Referenten hatte entsenden können und sie so mit eigenen Kräften bestritten werden mußte, einen sehr erfreulichen Verlauf.

Die lebhafte und gründliche Diskussion, die sich an das Referat „Die politische Lage und die Aufgabe der SAP“ anschloß, zeugte von der Aktivität der Genossen.

Das erste Jahr SAP war für die wenigen Genossen, die sich ihr in Ostpreußen angeschlossen hatten, schwer. Organisatorische Mängel waren ein starkes Hindernis für ihre Arbeit.

Auf der Bezirkskonferenz gelang es, diese Mängel abzustellen, so daß jetzt der Weg frei ist für einen erfolgreichen Vorstoß der Partei. So erbrachte die Bezirkskonferenz den Beweis für die politische und organisatorische Festigung der Partei in Ostpreußen. Unsere Zahl ist noch klein, aber die durch gute Organisation gestärkte Aktivität wird auch in Ostpreußen die politische Linie der Partei zur Geltung bringen.

## Resolutionen der 1. B. K. Ostpreußens

1. Die Bezirksleitung setzt sich zusammen aus drei Genossen der Ortsgruppe Elbing und je einem Genossen aus Marienburg und Königsberg als erweiterten BL-Mitglied.
2. Da die schlechte Verbindung mit dem PV eine der Hauptursachen für die ungenügende Arbeit in Ostpreußen ist, schließt sich die Bezirkskonferenz den Breslauer Beschlüssen an und fordert:
  1. die Einrichtung eines zentralen Organisationsbüros,
  2. die Schaffung eines Funktionärblattes, dessen Fehlen sich in unserer Arbeit besonders fühlbar machte.
3. Die BK beschließt, daß die Beitragszahlung regelmäßig monatlich zugleich mit einem Tätigkeitsbericht erfolgt.
4. Die BK fordert vom Parteitag die Schaffung eines klaren kommunistischen Programms.

# Neue Experimente im Stahlwerk Becker

E.H. Die Belegschaft des Stahlwerks Becker in Duisburg hatte bekanntlich im Frühjahr 1930 unter dem Einfluß der Direktion, die mit der Stilllegung drohte, „freiwillig“ auf 15 Prozent ihres Lohnes verzichtet. Man war hier einmal praktisch „Arzt am Kapitalismus“. Als sich der Gesundheitszustand des Patienten verschlechterte, kürzte die Direktion die Löhne um 50 Prozent. Es half alles nichts, der Patient starb. Am 5. April dieses Jahres wurde das Werk stillgelegt. Der Belegschaft des Stahlwerks Becker wurde bei allen Lohnverhandlungen von den Unternehmern besondere Anerkennung gezollt, sie habe für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten das richtige Maß von Verständnis aufgebracht und sich dadurch den Arbeitsplatz gesichert. Das dicke Ende folgte nach. Auf Grund der niedrigen Lohnsätze bekamen die Entlassenen noch niedrigere Unterstützungssätze. Das war der Dank für ihr „weitgehendes Verständnis“.

Jetzt ist der Belegschaft ein neuer Messias entstanden. Der frühere Generalsekretär des Direktors Becker, Herr Heuer, hat

aus den Angestellten und Arbeitern des Stahlwerks eine Arbeitsgemeinschaft gebildet. Seine Absicht besteht darin, das Werk wieder in Betrieb zu setzen. Er hat zu diesem Zweck eine Belegschaftsversammlung einberufen, zu der die Arbeiter fast rest-

## Achtung! Genossinnen und Genossen!

In jeder Woche einmal sind in unserem Inseratenteil Coupons enthalten. Diese müssen ausgeschnitten und bei Euren täglichen Einkäufen in den Geschäften unserer Inserenten abgegeben werden. Der Geschäftsmann ist Euch dankbar dafür, denn er hat dadurch den Beweis, daß sein Inserat ihm Erfolge bringt. Ihr leistet dadurch auch Eurer Zeitung einen wertvollen Dienst und ein Stück Aufbauarbeit.

Also tut Eure Pflicht!

los erschienen. Sein dort entwickelter Plan stützt sich darauf, daß vor der Stilllegung viel zu hohe Direktorengelöhner und Aufsichtsratsantennen gezahlt wurden, und daß nach Fortfall dieser Summen das Werk wieder rentabel sei.

Wir wollen ihm das erstere gern glauben, und die Arbeiter werden daran gewiß erkennen, wie töricht sie handelten, als sie freiwillig auf einen Teil ihres Lohnes verzichteten, während die notleidenden Direktoren die hohen Gehälter einsteckten. Was allerdings die Rentabilität des Werkes anbetrifft, so hängt diese nicht allein von den hohen Gehältern und Tantiemen ab, sondern in erster Linie von der Aufnahmefähigkeit des Marktes und der Gesamtlage der kapitalistischen Wirtschaft. Herr Heuer mag vielleicht guten Willens sein, der Belegschaft zu helfen; der gute Wille aber allein ist hier nicht maßgebend. Die Gewerkschaften haben sich denn auch gegen diesen phantastischen Plan gewandt, das Stahlwerk unter der Regie einer Arbeitsgemeinschaft wieder in Betrieb zu setzen.

Inzwischen hat Herr Heuer mit den zuständigen Regierungsbehörden Verhandlungen aufgenommen. Das Reich ist Teilaktionär des Stahlwerks Becker. Unter der Bedingung, daß sich die Arbeitsgemeinschaft verpflichtet, nur Edelstahlerzeugnisse zu produzieren und auf die Herstellung von Draht- und Blechprodukten verzichtet, soll mit den Regierungsstellen bereits ein Einverständnis erzielt worden sein. Vor wenigen Tagen fand eine neue Belegschaftsversammlung statt. Der ehemalige Generalsekretär, der seinen Bericht erstattete, war voller Optimismus. Er habe jetzt die Unterstützung aller Parteien. Die den Regierungsstellen vorgelegten Kapital- und Auftragsnachweise hätten auch dort die letzten Bedenken zerstreut. In spätestens vier Wochen hoffte er, alle Schwierigkeiten aus

dem Wege geräumt zu haben und den Betrieb zu eröffnen.

Was kann bei diesem Experiment im besten Falle herauskommen? Entweder ist Herr Heuer eine vorgeschobene Person, die im Auftrage einer bestimmten Interessentengruppe handelt, und unter dem Deckmantel uneigennütziger Hilfsbereitschaft die Geschäfte bestimmter Leute besorgt, oder er ist ein Phantast, der ehrlich von dem Erfolg seines Planes überzeugt ist.

Wir wollen das letztere annehmen, und so an die Frage herangehen. Es ist schon festgestellt worden, daß das Werk trotz 50prozentigen Lohnabbaues nicht in der Lage war, seine Rentabilität zu sichern. Es fehlten die entsprechenden Aufträge. Als Abnehmer der Edelstahlerzeugnisse kommt in erster Linie die Großindustrie in Frage, die gewiß an der Sonderung des Stahlwerks Becker durch die Initiative der Belegschaft nicht sonderlich interessiert ist. Herr Heuer mag für den Anfang eine Anzahl Aufträge in der Hand haben, später aber handelt es sich darum, mit der Edelstahl erzeugenden Privatindustrie in freien Wettbewerb zu treten. Dieser Kampf aber, eben begonnen, ist bereits zugunsten der viel mächtigeren Privatindustrie entschieden. Die Arbeiter mögen zeitweilig selbst für ihre Unterstützungssätze schufeln,

sie sind am Schluss immer die Unterlegenen und Geschöpften.

Von der kapitalistischen Presse würde der zu erwartende Zusammenbruch des Stahlwerks etwa so kommentiert werden: „Ohne Privatkapital keine Ankurbelung der Wirtschaft, ein sozialistisches Experiment gescheitert, die Privatindustrie beweist ihre Überlegenheit gegenüber dem sozialisierten Betrieb.“ Was kümmert es den kapitalistischen Zeitungsschreiber, daß die Kurpfuscherei des Herrn Heuer mit Sozialismus nicht das geringste zu tun hat! Der Zweck heiligt die Mittel, die Diskreditierung der sozialistischen Idee ist die Hauptsache. Die Arbeiter des Stahlwerks Becker würden mit diesem Zusammenbruch ihren zweiten Reinfall erleben, wo sie mit einer Erfahrung — ihrem freiwilligen Lohnverzicht — genug haben könnten.

Das geplante Experiment ist deshalb für die Erwerbslosen kein Ausweg aus dem Jammertal ihres heutigen Daseins. Der Kapitalismus kann weder Brot noch Arbeit geben. Diese Millionen aber haben ein Recht zu leben, sie müssen in praktischer Interessensolidarität mit den im Produktionsprozeß stehenden Klassengenossen um die sozialistische Gesellschaftsordnung kämpfen. Die Erwerbslosen haben keine andere Wahl. Gewiß besteht auch heute noch die Möglichkeit, durch eine stärkere Aktivität der Erwerbslosenbewegung Forderungen gegenüber der Regierung und den Stadtverwaltungen durchzusetzen. Die Hebung dieser Aktivität und die Durchsetzung solcher Forderungen ist unsere selbstverständliche Pflicht. Darüber hinaus aber gilt es, Klarheit zu schaffen, daß das Schicksal des Millionenheeres der Arbeitslosen sich nur mit dem Sturz des kapitalistischen Systems entscheidet.

## Wer liest die SAZ



## Für jeden Liter Benzin 2 Pfennig an die Schnapsjunker

WTB. Wie WTB-Handelsdienst von maßgebender Seite erfährt, werden die Zapfstellenpreise für alle Motortreibstoffe (Benzin, Benzol und Gemische) mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 im ganzen Reich einheitlich um 2 Rpf. je Liter erhöht. Diese Preisverteuerung ist die unmittelbare Folge der Erhöhung des Spiritusbeimischungszwanges durch die am gleichen Tage in Kraft tretende Heraufsetzung der Bezugsquote von 6 auf 10 Prozent.

Weil die Proleten, teils weil sie vernünftiger werden, teils infolge von Lohnraub und Arbeitslosigkeit den Schnapsjunkern ihren Fusel nicht mehr saufen, muß jetzt, damit die Junker ihren Schnaps doch los werden, der Funkel dem Benzin beigemischt werden.

Papens Ankurbelung der — Junkerwirtschaft!

## Die Stadt als Unternehmer

Solingen.

In der Ohligser Heide besitzt die Stadt Solingen ein schön gelegenes Strandbad, das sich in den Sommermonaten eines starken Besuches erfreut. Schon früh morgens um 6 Uhr treffen die ersten Badejungen ein und spät abends erst wandern die letzten ihren heimatischen Kernen zu. Die Ausgestaltung und natürliche Umgebung des Bades findet ungeteilte Begeisterung eines jeden Besuchers. Nur die dort Beschäftigten — Bademeister, Kassierer, Hilfsarbeiter usw. — sind anderer Ansicht. Für sie bedeuten die vier Monate Badezeit täglich, auch Sonntags, 14 Stunden Arbeit. 14 Stunden Eintrittskarten ausgeben, Geld wechseln, Kleider annehmen und ausgeben, unter Anspannung der ganzen Nervenkraft das ständig wogende und durcheinander wirbelnde Chaos im Wasser beobachten, damit kein Unglück passiert, ist das wenig beneidenswerte Einerlei eines Arbeitstages im Heidebad. Und der Lohn? Die Stadt ist bekanntlich großzügig. Sie bezahlt für 98 Stunden wöchentliche Arbeit den Lohn für ganze 40 Stunden, d. h. während der viermonatigen Badezeit muß der Heidebaderbeiter etwa 1000 unbezahlte Ueberstunden machen.

Doch damit nicht genug. Gegenüber dem Vorjahre sind die Löhne um 25 bis 33 Prozent gesenkt worden. Wer nun glaubt, die Heidebaderbeiter würde man auch den Winter hindurch beschäftigen mit Ausbesserungs- und Instandsetzungsarbeiten oder mit dem Auswerfen der Zulaufwassergräben, der ist im Irrtum. Zu solchen notwendigen Arbeiten verwendet die Stadt Wohlfahrtserwerbslose. Tut sie das etwa aus sozialen Empfindungen, um diesen armen Teufeln auch wieder Erwerbsmöglichkeiten zu verschaffen? Ach nein, die Wohlfahrtserwerbslosen arbeiten noch billiger — müssen noch billiger arbeiten — als die Arbeiter des Heidebades. So entpuppt sich die von einem Sozialdemokraten geleitete Stadtverwaltung als eine Ausbeutungsmaschine ersten Ranges.

Verantwortlich: Paul Hanneck, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Treppe. Telefon 206 02.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Treppe. Telefon 206 02.

## Die Einheitsfront

SPD., SAP- und KPD.-Genossen sind sich darüber einig, daß

## DIE ENTE

die beste und billigste politische-satirische Wochenschrift ist.

Sie erscheint jeden Donnerstag!

Preis 10 Pfennig



Bei allen Zeitungshändlern erhältlich — Probenummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstraße 7